



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

3. Sitzung vom 21. September 2020

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.50 Uhr

Leitung: Stephan Appenzeller (Präsident)

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Luzi Jehle, Susanne Tribolet, Anina Weber, Konrad Widmer

Verspätet:

Präsident:

Stephan Appenzeller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP begrüsst alle herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Besonders begrüsst er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten und die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter, Linda Gerstner, die auch heute das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, die weiteren anwesenden Mitglieder der Verwaltung, die beiden Vertreter der Medien und die sieben Gäste. Entschuldigt sind Luzi Jehle, Susanne Tribolet, Anina Weber, alle SP, und Konrad Widmer, SVP. Damit sind 36 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das Absolute Mehr liegt bei 19.

Das letzte Treffen der Ratsmitglieder war vor wenigen Tagen der Einwohnerratsausflug, der bei schönstem Juni-Wetter dieses Jahr im September stattgefunden hat. Es hat den Votanten gefreut, dass aufgrund einer Sonderregelung sowohl die Mitglieder der letzten Legislatur, wie auch im zweiten Teil die Mitglieder der jetzigen Legislatur teilnehmen konnten. Das ist etwas Besonderes und gab es so seines Wissens noch nie in der Geschichte des Einwohnerrats. Daher auch an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an Susanna Keller für die Organisation und Durchführung und dem Gemeinderat für die Finanzierung dieses etwas aufwändigeren Anlasses.

Heute steht wieder normale Arbeit an, allerdings immer noch unter Corona-Schutzregeln. Der Rat hält sich konsequent an die aktuellen Vorschriften und Empfehlungen des BAG und der kommunalen und kantonalen Behörden. Daher wird nach wie vor an Einzeltischen getagt. Es wird ein minimaler Abstand von 1,5m eingehalten und weil es nicht genügend Mikrophone gibt, bittet der Präsident die Anwesenden, sich entweder auszuhelfen oder das Rednerpult vorne links vor dem Podium zu nutzen. Dieses wird nach jeder Benutzung desinfiziert. Neu gibt es für jedes Ratsmitglied eine «3-Layered Community Mask 1.5». Der Redner dankt der Verwaltung für die Organisation. Es handelt sich um eine wiederverwendbare, waschbare Schutzmaske. Wie an den letzten Sitzungen hat das Einwohnerratsbüro auch für heute beschlossen, dass die Sitzung auf Tonband aufgezeichnet und morgen auf der Webseite der Gemeinde aufgeschaltet wird.

Mitteilungen des Präsidenten

Es liegen keine neuen parlamentarischen Vorstösse oder Anfragen an den Gemeinderat vor.

Trotzdem nimmt der Präsident kurz das Wort auf zum Thema Anfragen. Die Anwesenden erinnern sich, an der letzten Sitzung wurden 6 Anfragen eingereicht. Es dauerte deutlich länger als eine halbe Stunde, um die zum Teil sehr langen Anfragen, bei denen es auch entsprechend lange Antworten gab, im Vorlesestil zu beantworten. Viele Einwohnerratsmitglieder empfanden dies als unbefriedigend. Nach der Sitzung kamen einige zum Präsidenten und Vizepräsidenten und haben Verbesserungsvorschläge gemacht oder zumindest die Frage gestellt, ob man nicht das eine oder andere anders machen könnte. Man hört lange zu, die Aufmerksamkeit nimmt ab. Es ist schade für die Arbeit, die von Seiten Verwaltung und Gemeinderat in die Beantwortung der Fragen gesteckt wird. Das Präsidium hat sich daher erlaubt, das Thema an der Büro-Sitzung letzte Woche aufzunehmen und mit den Fraktionspräsidien und dem Gemeindepräsidenten Mike Keller, der als Vertreter des Gemeinderats an allen Büro-Sitzungen anwesend ist, zu erörtern. Es gab eine gute, konstruktive Diskussion.

Das Einwohnerratsbüro kam zum Schluss, dass es Sinn macht, wenn alle etwas mehr Selbstdisziplin üben, damit das politische Instrument der Anfrage so angewendet werden kann, wie es eigentlich sein sollte, nämlich zum aktuelle Fragen aufzunehmen und zu diesen eine gute, fundierte Antwort zu erhalten. Dafür braucht es Selbstdisziplin auf beiden Seiten, von den Ratsmitgliedern wie auch von den Mitgliedern des Gemeinderats. Das Büro hat sich darauf geeinigt, dass es Sinn macht, wenn man sich bei Anfragen nach Möglichkeit auf wenige Fragen beschränkt, idealerweise zwei bis drei. Drei ist auch die Grösse, die man bei der Fragestunde im Landrat kennt. Gleichzeitig ist es wichtig, dass der Gemeinderat die Fragen nicht nur mit zweimal Ja und einmal Nein, sondern im Sinne des gestellten Themas ausführlich beantwortet. Also eine fundierte, konstruktive Antwort dazu abgibt.

Es wurde auch die Frage thematisiert, ob es denkbar ist, dass Anfragen, gerade wenn es komplexe Themen sind – manchmal sind es möglicherweise finanztechnische Fragen, deren Antworten mündlich nicht ganz einfach zu verstehen sind –, statt mündlich auch schriftlich beantwortet werden. Die Geschäftsordnung des Einwohnerrats lässt dies offen. Sie schreibt weder das eine noch das andere vor. Daher hat das Büro festgehalten, dass es bei komplexen Fragestellungen durchaus Sinn machen kann, wenn der Gemeinderat solche Fragen schriftlich beantwortet. In diesem Fall wird die Frage, die ja immer am Anfang der Sitzung auf den Plätzen ausgelegt wird, zusammen mit der Antwort als Tischvorlage aufliegen und zum Schluss der Sitzung nicht mehr vorgelesen. Das sind die im Büro besprochenen Punkte. Sie erfordern keine Änderung der Geschäftsordnung. Es ist etwas Selbstdisziplin im Sinne der Qualität der Sache. Man wird nun sehen, wie sich dies bewährt und kann das Thema ansonsten nochmals angehen.

Bereinigung der Traktandenliste

Präsident Stephan Appenzeller, SP teilt mit, das Büro beantrage das Traktandum 2 «Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten in die Delegiertenversammlung der Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch» auf eine spätere Sitzung zu verschieben. Das Büro war sich einig, dass das Geschäft noch nicht reif ist und unter den Fraktionen zusätzlichen Abstimmungsbedarf erfordert.

ABSTIMMUNG

Anpassung der Traktandenliste: Einstimmig JA (vgl. Abstimmung 01)

://: Die Anpassung der Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 24.08.2020	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.09.2020 Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger / Philippe Meerwein	21
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.09.2020 Sanierung öffentlicher Schutzraum, Anlage «Wassergraben» Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	22
4. Bericht des Gemeinderats vom 25.08.2020 Postulat S. Abt, SP: Ein Sitzbankkonzept für Binningen! Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	194/XII
5. Bericht des Gemeinderats vom 01.09.2020 Postulat Th. Häfele, FDP: Verner Panton-Strasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	196/XII
6. Bericht des Gemeinderats vom 18.08.2020 Postulat SVP-Fraktion: Mehr Sicherheit in öffentlichen Einstellhallen in Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	197/XII
7. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 24.08.2020

Es gibt keine Einwände oder Bemerkungen zum Protokoll.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 23

Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Dem Präsidenten liegt bereits ein Rückweisungsantrag der SVP vor. Da es sich um einen Ordnungsantrag handelt, übergibt er das Wort dem Antragsteller.

Stephan Siegel, SVP stellt fest, seit rund 8 Jahren wird das Projekt geplant. Während dieser Zeit sind die geplanten Kosten stetig gestiegen. Sie sind regelrecht explodiert. Ursprünglich lagen die geschätzten Kosten bei rund 30 Mio. Franken. Als die SVP damals darauf hinwies, dass aus den 30 Mio. Franken im Laufe der Zeit wahrscheinlich rund 50 Mio. Franken werden, wurde sie müde belächelt. Am 20. Mai 2019 folgte der Einwohnerrat der BPK und legte ein Preisschild von 38 Mio. Franken fest. Das Ziel hat der Gemeinderat nun klar und deutlich verfehlt. Der Votant war zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied des Einwohnerrats und kann die damalige Diskussion nicht beurteilen. Was er aber kann, ist Finanzen zu lesen. Im Bericht zur Immobilien-Strategie wird z.B. eine Verschuldung von 189 Mio. Franken zur Investitionsfinanzierung prognostiziert. Wenn man die zukünftig geplanten Projekte noch möchte, kann man sich ein «Schulcampus Dorf»-Projekt mit 51 Mio. resp. 63 Mio. Franken nicht leisten.

Hinzu kommt, dass der ganze Finanzplan eine ähnliche Preisexplosion erlebt wie die Planung des Schulhauses. Die Liegenschaftsstrategie, die mit 80 Mio. Franken begann, geht inzwischen auf die rund 200 Mio. Franken zu. Die bestehenden Vorfinanzierungen reichen einfach nicht. Man hätte früher und mehr sparen müssen. Hinzu kommt die COVID-Situation. Jeder weiss, dass die Kurzarbeitszahlungen bald auslaufen. Dann kommt die Realität. Die Leute werden Jobs verlieren. Der Einfluss auf die Steuereinnahmen ist bekannt. Es will wohl niemand mitten in einer Rezession Steuern erhöhen, weil man ein Luxus-Schulhaus baut. Zumindest die SVP möchte das nicht. Was meint der Redner mit Luxus-Schulhaus? Z.B. vollverglaste Fassaden, unbrauchbar für den Schulunterricht und daher ein teures Beschattungssystem. Es gibt noch weitere Punkte, die das Projekt ohne Nutzen verteuern. Basierend auf Aussagen des Gemeinderats ist das Projekt noch nicht fertig geplant. Dementsprechend wird es wahrscheinlich eher teurer als günstiger. Daher fordert die Fraktion eine Rückweisung mit Antrag auf Redimensionierung des Projekts mit einem Zielkostendach von 40 Mio. Franken. Die SVP möchte der nächsten Generation keinen Schuldenberg übergeben und natürlich auch keine Steuerhölle in Binningen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag gibt, möchte der Präsident zur Abstimmung schreiten. Er liest den Antrag nochmals vor: «Die SVP fordert die Rückweisung des Geschäfts «Schulraumplanung; Baukredit Erweiterung Schulcampus Dorf» mit dem Auftrag, das Projekt zu redimensionieren und es mit einem Kostendach von 40 Mio. Franken zu versetzen.»

ABSTIMMUNG

Rückweisung: 6 JA / 27 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 02)

://: Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

GESCHÄFTSBERATUNG

Christoph Maier, FDP darf vorausschicken, dass sich die FDP dem hohen Wert bewusst ist, welcher ein solides Bildungssystem für die Erhaltung und Erweiterung des Wohlstands bedeutet. Der Bau von notwendigem Schulraum ist als eine Kernaufgabe des Gemeinwesens anerkannt und wird von der Fraktion grundsätzlich Zustimmung erhalten. Nun zur konkreten Vorlage: Mit mehrmonatiger Verzögerung gegenüber dem ursprünglich anvisierten Zeitplan legt der Gemeinderat dem Einwohnerrat nun den Baukredit für das Projekt Schulhaus Dorf vor, welches er um 6 Teilprojekte zum Schulcampus Dorf erweitert hat. Das Projekt Schulcampus Dorf besteht jetzt aus 7 Teilprojekten: Einem Schulhausneubau inkl. zwei Turnhallen für 31,2 Mio. Franken, Umbau und Sanierung des Margarethenschulhauses für 3,3 Mio. Franken, Umbau und Sanierung des Pestalozzischulhauses für 3 Mio. Franken, Realisierung einer Einstellhalle für 4 Mio. Franken und Errichtung öffentlicher Schutzplätze (eine Zivilschutzanlage) für 4,5 Mio. Franken. Zudem eine Neugestaltung des Aussenraum (Dorfplatz) für 3,8 Mio. Franken und Ersatz eines Kunstrasenfelds für 1,3 Mio. Franken. Der Gemeinderat beantragt einen Gesamtkredit über 51,2 Mio. Franken (+/- 10 %). Das ist wohl einer der grössten, wenn nicht sogar der grösste Baukredit in der Geschichte der Gemeinde Binningen. Dies will reiflich überlegt sein. Der Redner ist der Ansicht, es reiche sicher nicht, wie der Gemeinderat ausführt, einfach auf die flüssigen Mittel der Gemeinde zu verweisen und daraus zu schliessen, dass sich die Gemeinde eine derart grosse Investition leisten kann.

Eine solch eingeschränkte Betrachtungsweise auf die vorhandene Liquidität ist verkürzt und aus folgenden Gründen unzureichend:

- Weil die Finanzpolitische Reserve zum Ausgleich von allfälligen negativen Erfolgsrechnungen dienen soll und damit nicht zur Investitionsfinanzierung zur Verfügung stehen kann.
- Weil die geäußerten Vorfinanzierungen im Umfang von 35 Mio. Franken für Schulraumbauten nicht nur für das Projekt Schulhaus Dorf alleine aufgebraucht werden dürfen, sondern auch für die anderen Projekte (Meiriackerschulhaus, Mühlemattschulhaus etc.) noch zur Verfügung stehen müssen, für welche sie geäußert wurden.
- Wenn jetzt einfach die ganze Liquidität verbraucht werden würde, würde nach dieser Investition jeglicher finanzieller Spielraum für weitere, ebenfalls als dringlich erkannte Investitionen fehlen. Noch enger wird der zukünftige Spielraum für Investitionen, wenn für diese Investitionen keine zusätzlichen Finanzmittel des Finanzvermögens benutzt werden dürfen, wie dies die Ratslinke will. Die FDP-Fraktion dagegen ist der Überzeugung, dass sich die Gemeinde Binningen die anstehenden Investitionen nur leisten kann, wenn auch Mittel des Finanzvermögens benützt werden dürfen. Das bedeutet im Klartext: Lieber Schulen bauen, als Boden horten.
- Auf die Tragbarkeit der Investition in das Schulhaus Dorf geht der Gemeinderat in seiner Darstellung des notwendigen finanziellen Bedarfs in der vorliegenden Vorlage überhaupt nicht ein. Dabei werden die zukünftigen Abschreibungen für diese Investition, soweit keine Vorfinanzierungen bestehen, die Erfolgsrechnung der Gemeinde in Zukunft mit hohen Abschreibungen belasten. Die Frage der zukünftigen Tragbarkeit hat der Einwohnerrat aus Sicht der FDP zwingend vor der Bewilligung des Baukredits zu prüfen. Mit der Darstellung der jährlichen Einsparung der Mietkosten für die Provisorien ist diese Tragbarkeit in der Erfolgsrechnung jedenfalls nicht nachgewiesen.

Zur Klärung dieser Finanzierungsfragen beantragt die FDP-Fraktion die Erstellung eines Mitberichts der Spezialkommission Immobilien-Strategie.

Der Baukredit für das Schulhaus Dorf ist der erste in einer Reihe von geplanten Investitionen im Umfang von 180 Mio. Franken, welche der Gemeinderat plant. Es stellt sich der FDP-Fraktion die Frage, ob ne-

ben dem Schulhaus auch die anderen 5 in der gleichen Vorlage vorgelegten Teilprojekte die gleiche Priorität haben wie der Bau des Schulhauses. Das Gesamtprojekt soll Synergien bei gleichzeitiger Realisierung aufweisen, für welche der Gemeinderat dem Einwohnerrat den Nachweis, was das genau quantitativ in Franken heisst, in dieser Vorlage allerdings nicht offenlegt. Es ist damit nicht nachvollziehbar, was die Realisierung aller Teilprojekte gleichzeitig, gegenüber einer etappierten Realisierung oder einem Verzicht in finanzieller Hinsicht bedeutet. Weiter ist völlig offen und sollte politisch zuerst entschieden werden, ob wirklich jedes einzelne Teilprojekt jetzt oder überhaupt erforderlich ist oder ob auf Teilprojekte verzichtet werden kann. Das ist der Grund für die bereits beim Vorprojekt von der FDP-Fraktion geforderte Modularität der Vorlage. Der Gemeinderat möchte das Schulhaus Dorf allerdings nur als Gesamtprojekt «Schulcampus Dorf» realisieren entgegen dem Wunsch des Einwohnerrats. Die FDP möchte den Fokus auf die Realisierung des Schulhauses Dorf in einem vernünftigen und zukünftig flexibel nutzbaren Bau richten und alle anderen Teilprojekte, mit Ausnahme des Kunstrasenersatzes, noch einmal sehr kritisch in der BPK hinterfragen. Die Fraktion ist sich bewusst, dass es dem Stimmvolk in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ohne stringente Begründung schwierig zu verkaufen ist, warum...

Der Präsident bittet den Votanten zum Ende zu kommen. Es sind bereits 6 Minuten Redezeit durch.

Christoph Maier, FDP muss sein Votum in diesem wichtigen Geschäft einfach anbringen. Es tut ihm leid, wenn er dafür etwas mehr Redezeit braucht als sonst. Ansonsten beantragt er in einem Ordnungsantrag mehr Redezeit für das Eintretensvotum. Die FDP ist sich bewusst, dass es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ohne stringente Begründung kaum möglich ist, beim Stimmvolk, welches letztendlich über diesen Baukredit befinden muss, die notwendige Unterstützung für ein Schulhaus, das über das Kernprojekt hinaus geht, zu finden. Die Fraktion ist der Ansicht, dass in der BPK in Bezug auf die einzelnen Teilprojekte noch folgende Fragen beantwortet werden müssen. Schulhausneubau: Kann das Schulhaus ohne Zivilschutzanlage und Parking zum gleichen Preis realisiert werden? Ist die teure Zwangslüftung in Zeiten von Corona wirklich die beste Idee? Ist die schwarze Aussenfarbe in energetischer Hinsicht und auch als freundlicher Ausdruck für ein Primarschulhaus wirklich die richtige Wahl oder drückt sich darin eine weltfremde Architekten-Ästhetik aus? Laden die Aussentreppen möglicherweise zu ungewollten Turnübungen und hoher Unfallgefahr ein? Wie äussert sich der Planer zu diesem Thema? Gibt es Referenzprojekte von Primarschulgebäuden mit ähnlichen Aussenkonstruktionen?

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP bittet den Redner nun wirklich zum Schluss zu kommen oder den Ordnungsantrag zu stellen. Die Redezeit beträgt inzwischen 9 Minuten.

Christoph Maier, FDP stellt den Ordnungsantrag, dass er genügend Redezeit erhält, um sein Eintretensvotum zu beenden. Auf Nachfrage erklärt er, er benötige zusätzliche 4 Minuten.

Der Präsident lässt über den Ordnungsantrag abstimmen. Es wird eine Verlängerung der Redezeit von 5 auf 13 Minuten für das Eintretensvotum bei diesem Geschäft beantragt. Bei Annahme des Antrags gilt diese Redezeit natürlich auch für alle weiteren Votanten.

ABSTIMMUNG

Redezeit von 13 Minuten: 22 JA / 8 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 03)

://: Der Rat stimmt einer Verlängerung der Redezeit für Eintretensvoten zum vorliegenden Geschäft von 5 auf 13 Minuten zu.

Christoph Maier, FDP fährt fort, zu den Teilprojekten «Umbau und Sanierung Margarethenschulhaus» und «Umbau und Sanierung Pestalozzischulhaus» stellen sich für die FDP folgende Fragen: Worin genau und im Einzelnen bestehen die Synergieeffekte, welche keinen wirtschaftlich vertretbaren Aufschub dieser Sanierungen in zeitlicher Hinsicht zulassen? Oder anders gefragt: Worin besteht allen anderen

Schulraumsanierungen gegenüber der konkrete, zeitliche Sanierungsbedarf bei diesen beiden Schulhäusern? In Bezug auf die Realisierung der Einstellhalle stellen sich die Fragen der Fraktion wie folgt: Ein Baukredit für die Erstellung einer weiteren Einstellhalle im Dorfzentrum von Binningen hätte für sich alleine genommen keine Chance im Einwohnerrat. Es stellt sich die Frage, warum der Gemeinderat trotzdem 4 Mio. Franken für dieses Teilprojekt beantragt. Die Antwort wird wohl ein Verweis auf die gesetzliche Notwendigkeit sein. Das greift aber zu kurz. Im Binner Dorfzentrum stehen zu jedem Tageszeitpunkt unzählige Einstellplätze leer. Soll das Binner Dorfzentrum nicht zu einem Einstellhallenfriedhof verkommen, muss der Gemeinderat jetzt aktiv werden und sich unter Hinweis auf die ungenutzten, vorhandenen Einstellplätze beim Kanton um eine Ausnahme von der Erstellung weiterer unnötiger Parkplätze bemühen. Würde das Schulhausneubauprojekt nicht generell gewinnen, wenn die unpraktische Garageneinfahrt mit Lichtsignalanlage einfach weggelassen werden würde? Es ist an der BPK, das Einsparungspotential durch Weglassen der Einstellhalle zu prüfen.

Betreffend Schutzplätze: Mit dem Wegfall der Turnhalle Margarethen, das geht aus dem nächsten Geschäft hervor, gehen 170 bestehende Schutzraumplätze verloren. Ist es wirklich so, dass die Gemeinde es sich leisten kann, eine bestehende unterirdische Anlage abzureissen, um in nächster Nähe eine neue zu errichten? Gibt es wirklich keine andere Möglichkeit, die darüber liegende Turnhalle abzureissen und die Zivilschutzanlage unter dem Kunstrasenfeld zu erhalten? Ist es wirklich prioritär, im jetzigen Zeitpunkt weitere Schutzraumplätze auf Vorrat zu errichten? Insbesondere in Anbetracht des folgenden Geschäfts, wo aufgezeigt wird, dass noch eine gewisse Reserve an Schutzraumplätzen besteht. In Bezug auf den Aussenraum: Welche Priorität hat die Neugestaltung vom Dorfplatz im Lichte aller anderen geplanten Investitionen? Ist es wirklich eine gute Idee, weiterhin den kantonalen Veloweg über den Schulhof zu leiten? Die planerische Lösung mit dem teuren, baulichen Verlangsamen überzeugt dabei in keiner Weise. Hat die Gemeinde nicht schon genug an historischem Dorfzentrum mit dem teuren Schlossensemble? Wäre der Binner Markt vielleicht dort sogar noch stimmungsvoller? Ist es wirklich angezeigt, den Schulhausplatz mit Bäumen zu bepflanzen und damit jede andere temporäre Nutzung, z.B. für ein Festzelt, für die weitere Zukunft auszuschliessen? Der Votant kommt zur Zusammenfassung. Es ist für die FDP-Fraktion unbestritten, der Bedarf für einen Schulhausneubau am Standort Dorf ist nachgewiesen, notwendig und soll zeitnah realisiert werden. Alle anderen Teilprojekte müssen im Lichte der Fokussierung auf ihre Dringlichkeit und Notwendigkeit noch einmal sehr kritisch von der BPK hinterfragt werden. Die langfristige finanzielle Tragbarkeit und nicht nur die Finanzierung der Investition muss von der Speeko Immobilienstrategie genauer aufgezeigt werden.

Da die zusätzlichen 4 Minuten Redezeit abgelaufen sind, bittet der Präsident die anderen Fraktionen zu Wort.

Thomas Hafner, CVP dankt der FDP für die vielen Voten. Natürlich wird es kostenmässig eine gewisse Aufgabe sein, das ist unbestritten. Aber seiner Ansicht nach darf man auch nicht alles so schwarz malen. Die CVP bedankt sich beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Zuerst möchte die Fraktion klar betonen, dass sich der lange Weg vom ersten Projekt an der Wassergrabenstrasse, das verworfen wurde, über den Gedanken, die Schüler mit kurzen Schulwegen wieder näher ins Dorf zu bringen und auch das Dorfzentrum noch vermehrt zu beleben, ihrer Meinung nach aus heutiger Sicht klar gelohnt hat. Mit dem etwas aufwändigeren Weg über den Architekturwettbewerb und der genaueren Vorplanung, das sogenannte Vorprojekt Plus, hält man nun ein beeindruckendes, multifunktionales Gesamtprojekt aufgezeichnet in 7 Teilprojekte in den Händen. Das vorliegende Gesamtprojekt ist das Resultat von vielen langwierigen Vorarbeiten, das in Binningen nun unbedingt umgesetzt werden soll. Alle gewünschten Komponenten, da war auch die FDP stark dabei, wie ein neues Schulhaus und Kindergärten, die Beibehaltung der bestehenden Schulhäuser Margarethen und Pestalozzi sowie deren Umbau und Sanierung, endlich eine öffentliche, zentrale Einstellhalle im Zentrum, was aus Sicht der CVP ebenfalls wichtig ist in einem belebten Dorf, die Erstellung von notwendigen Schutzräumen, wieder das beliebte Kunstrasenfeld für die Jugendlichen sowie die Anpassung und hoffentlich auch eine Neubelebung der Aussenanlage mit dem Dorfplatz. Das alles wurde berücksichtigt und ist vorhanden.

Das vorliegende, für die Fraktion gut gelungene und überzeugende Projekt muss nun als Ganzes genutzt werden. Man sollte nicht versuchen, das Gesamtprojekt wieder in Einzelteile zu zerstückeln und am Schluss nicht als Ganzes zu realisieren. Natürlich kann das Gesamtprojekt, sofern dies möglich ist, auch in Etappen realisiert werden, damit es kostenmässig nicht sofort voll zum Tragen kommt. Die heute vorliegenden Kosten mit 51,2 Mio. Franken sind doch beachtlich höher, als es die angenommene Kostengrundlage gewesen ist. Trotzdem ist die CVP/glp der Überzeugung, dass es für Binningen erstmals seit langer Zeit wieder ein ganz wichtiges Projekt – vielleicht sogar das grösste und wichtigste Projekt – für die Zukunft sein wird, an welchem am Schluss alle Einwohner Freude haben werden. Die Kosten sind sicher sehr hoch, aber Binningen kann sich das leisten. Es scheint dem Redner wichtig, dass alle gemeinsam für das einzigartige, notwendige Gesamtprojekt im Dorfzentrum eintreten. Eine Verhinderung des Projekts wäre jammerschade. Eine Überweisung in die BPK erachtet die Fraktion primär nicht als notwendig. Natürlich kann sie sich eine Überweisung in die BPK vorstellen, aber wirklich nur, wenn von ev. taktischen Spielen abgesehen wird, welche zum Zweck haben, das Gesamtprojekt wieder zu verhindern. Die CVP/glp-Fraktion folgt den beiden Anträgen des Gemeinderats und stimmt ihnen zu.

Thomas Schwarb, Grüne äussert, die Grünen haben Gefallen gefunden am vorliegenden Projekt. Sie finden es architektonisch überzeugend und sehen, dass auch die vielen Ideen und Anliegen, die in der Vergangenheit formuliert wurden, sehr gut aufgenommen und das Projekt natürlich nicht billiger gemacht haben. Wenn man nun auf die kritische Seite eingeht, ohne in die absoluten Details zu versinken, fallen v.a. die Kosten und die Finanzierung auf. Die Grünen fragen sich ebenfalls, ob die Zivilschutzanlage in diesem Rahmen nötig ist. Man muss sicher überprüfen, ob die Anzahl Parkplätze Sinn macht und ob z.B. auch alle Förderbeiträge berücksichtigt wurden. Dies sind alles Fragen, die man kaum in einer Einwohnerratssitzung beraten kann, sondern die sicher eine Kommissionsberatung notwendig machen. Ebenso wie die Frage, ob die Nachhaltigkeit bzgl. weiterem Unterhalt in diesem Projekt gegeben ist. Die Fraktion bedankt sich für das Projekt und würde die Vorlage aufgrund ihrer Grösse und Bedeutung gerne der BPK übergeben. Was sie nicht als sinnvoll erachtet ist, nochmals über die Schulraumplanung zu gehen. Die Grünen sehen es nicht als Gegenstand einer Spezko Schulraumplanung. Ebenso muss die BPK in jedem Bauvorhaben, das sie berät, die Finanzierung anschauen. Es ist daher nicht nötig, dass die GRPK einbezogen wird. Die Spezko Immobilien-Strategie ist auch nicht besonders geeignet, weil dieser Bezug sonst auch immer gegeben ist. Das Projekt ist sehr komplex und vernetzt. Das heisst aber nicht, dass sich sämtliche Kommissionen damit auseinandersetzen sollen. Dafür wurde die BPK installiert. In diesem Sinn beantragt die Fraktion die Überweisung des Geschäfts in die BPK.

Karin Müller, SP teilt mit, auch ihre Fraktion habe sich eingehend mit der Vorlage befasst. Sie bringt 7 Projekte unter einen Hut. Die Projekte sind alle voneinander abhängig, das sieht die SP wie der Gemeinderat. Die Gesamtschau als Generationenprojekt finden sie sinnvoll. Wenn man jetzt die Teilprojekte zusammen anpackt, kann man wirklich von Synergien profitieren und die Erfahrung hat gezeigt, dass man im Endeffekt Geld spart. Es ist unbestritten, dass es ein Schulhaus braucht und der Standort ergibt sich aus dem Schulraumkonzept. Der Raumbedarf für die Schule besteht im Zentrum, auch das ist nachgewiesen. Die heutigen Provisorien sind am falschen Ort. Das hat auch die BPK bereits festgestellt, als sie den Planungskredit geprüft hat. Der Einwohnerrat genehmigte diesen Kredit im Mai 2019. Die BPK kam damals zum Schluss, dass Provisorien aus finanzieller Sicht nicht die richtige Lösung sind. Im Vergleich mit der Stadt Zürich hat sich nämlich gezeigt, dass Einsparungen von max. 10 Prozent gegenüber einem Neubau möglich sind. Es hat sich auch gezeigt, dass mit dem Schulcampus Dorf eine sinnvolle Entwicklungsmöglichkeit mit Mehrfachnutzungen im Dorfzentrum ermöglicht wird. Das Schulhaus ist nämlich multifunktional und die Gemeinde kann die Räume auch sinnvoll nutzen, falls es wirklich einmal weniger Schüler gibt und die Schülerzahlen tatsächlich zurückgehen.

Die BPK hat damals für das Projekt ein Kostendach von 38 Mio. Franken vorgesehen. Nun liegt ein Baukredit über 51 Mio. Franken vor. Der Anteil des Schulhauses am Ganzen entspricht aber 31 Mio. Franken. Die BPK wünschte, dass der Gemeinderat die Kosten für die verschiedenen Elemente separat aufzeigt, falls die 38 Mio. Franken überschritten werden. Nach Meinung der SP zeigt die Vorlage die Kosten

für die 7 Teilprojekte transparent auf. Aus ihrer Sicht muss der dringend benötigte Schulraum möglichst schnell zur Verfügung stehen. Es wird schon seit langem nicht vorwärts gemacht mit diesem Schulhaus. Auch die Sanierung und der Umbau des Margarethen- und Pestalozzischulhauses sind zwingend nötig. Die Projekte dürfen nicht weiter aufgeschoben werden. Die Umgestaltung des Dorfplatzes sollte nach Meinung der Fraktion ebenfalls jetzt angepackt werden. Die Belebung des Dorfbereichs steht schon lange an. So ist der Dorfplatz, wie er sich heute präsentiert – nämlich eine kleine Steinwüste –, nicht einladend zum Verweilen. Die Aufwertung des Zentrums würde nicht nur den Familien und den Vereinen zu Gute kommen, sondern allen Einwohnerinnen und Einwohnern und es würde Binningen als Wohngemeinde nochmals attraktiver machen.

Man kann sich fragen, ob die Gemeinde einen Schutzraum für 500 Personen braucht. Das sieht die SP ebenfalls so. Man kann sich auch fragen, ob man 76 Parkplätze braucht. Allerdings muss man sehen, dass es im Hinblick auf die Aufwertung der Hauptstrasse eine Verlagerung der Parkplätze geben wird. Diese dann in den Untergrund zu verlegen, würde die Fraktion in Kauf nehmen. Besonders freut sich die SP natürlich über die geplante Elektroladeinfrastruktur. 51 Mio. Franken sind kein Klacks. Vergleicht man es aber mit der Gemeinde Reinach, die ein neues Schulhaus für 49 Mio. Franken plant, so erhält man in Binningen für nicht viel mehr Geld mit diesem Generationenprojekt wesentlich mehr Leistungen. Zudem hat der Einwohnerrat in den letzten Jahren insgesamt bereits gut 35 Mio. Franken zur Vorfinanzierung der Schulraumplanung gesprochen. Im Weiteren verfügt die Gemeinde, wie man der Vorlage entnehmen kann, über flüssige Mittel in Höhe von 79 Mio. Franken. Die Finanzierung wäre also gesichert. Die SP wäre aber im Sinne einer sorgfältigen, seriösen Prüfung eines Baukredits in dieser Höhe bereit, einer Überweisung in die BPK zuzustimmen. Die Fraktion kann auch mit einem Mitbericht der Spezko Immobilien-Strategie leben, auch wenn sie die BPK als einzige Kommission vorziehen würde. Sie legt aber sehr grossen Wert darauf und möchte betonen, dass die Kommissionen den Auftrag speditiv erledigen müssen, damit das neue Schulhaus auch wirklich im Sommer 2024 den Betrieb aufnehmen kann und das Projekt nicht länger verzögert wird.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne dankt für die überwiegend positive Aufnahme des Generationenprojekts. Sie hat gemerkt, der Bedarf des Schulhauses ist erkannt und auch die Notwendigkeit, dies zeitnah zu verwirklichen, damit die Schülerinnen und Schüler nicht noch länger in Kaninchenställen unterrichtet werden müssen. Es wurde viel zur Finanzierung gesagt. Die Anwesenden dürfen der Votantin glauben, dass sich auch der Gemeinderat sehr intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt hat. Es wurde oft diskutiert. Der Gemeinderat erachtet die Tragbarkeit des Schulhauses als gegeben. Heute Abend wurden auch viele Fragen zu einzelnen Teilprojekten, zum Gesamtprojekt, zur Etappierung usw. aufgeworfen. Die zuständige Gemeinderätin kann nicht zu allen Fragen Stellung nehmen, sonst wäre man bereits in einer BPK-Diskussion. Sie fände eine Überweisung des Geschäfts in die BPK gut, um diese Fragen vertieft abklären zu können. Die FDP hat einige interessante Ideen aufgeworfen. Das ist gut. Die Fragen können in der BPK geklärt werden. Dort hat man den richtigen Rahmen und die nötige Zeit dazu.

Trotzdem möchte sie noch auf einen Punkt eingehen. Es wurde über Etappierung gesprochen und über Synergieeffekte. Wenn die Etappierung zu sehr auseinandergezogen wird, dann gehen natürlich einige Synergieeffekte verloren. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass die Jungen so schnell wie möglich wieder auf dem Kunstrasen trainieren möchten. Wenn das Ganze zu lange auseinandergezogen wird, könnte dies möglicherweise gefährdet sein. Es sollte nicht zu lange ausgedehnt, sondern wirklich miteinander in Angriff genommen werden. Genauso sollte vielleicht auch die Beratung in der BPK nicht allzu lange ausgedehnt werden. Die Anwesenden haben die Schülerstatistik in der Vorlage gesehen. Es ist wirklich nötig, dass das Schulhaus 2024 in Betrieb genommen werden kann und die Schülerinnen und Schüler dann in einem schönen Neubau zur Schule gehen können. Wie gehört werden auch die Binningerinnen und Binninger einiges vom Projekt haben. Sie dankt für die positive Aufnahme und die mehrheitlich positive Aufnahme der Teilprojekte und würde sich freuen, wenn das Projekt in der BPK gut angeschaut werden könnte. Etwas Historisches hat die Rednerin heute gehört und das möchte sie nochmals erwähnen: Die FDP, die von unnötigen Parkplätzen redet. Das muss sie sich merken.

Damit folgen die Einzelvoten. Der Präsident macht die Ratsmitglieder darauf aufmerksam, dass hier wieder eine Redezeit von 2 Minuten gilt.

Barbara Fankhauser, SVP stellt klar, die SVP wollte das Projekt von Anfang an zurückweisen, damit der Gemeinderat nochmals über das ganze Projekt und die einzelnen Teilprojekte geht mit einem Kostendach von 40 Mio. Franken. Dort wäre man sogar etwas über dem ursprünglich Gesagten gewesen. Die Fraktion stellt nun ebenfalls einen Antrag auf Überweisung in die BPK mit Überprüfung der Teilprojekte. Welche sind wirklich notwendig, welche nicht? Das Kostendach darf aus ihrer Sicht 40 Mio. Franken nicht überschreiten. Wenn es doch passiert, hätte die SVP gerne eine Abklärung, welche der 180 resp. 200 Mio. Franken Projekte sonst gestrichen werden können. Alle sprechen vom Schulcampus Dorf. Aber eigentlich geht es um eine Zivilschutzanlage. Es geht um die Einstellhalle, den wunderbaren Dorfplatz. Die SVP-Fraktion spricht sich für das Schulhaus aus. Aber für das Schulhaus und nicht für alles andere rundherum, dass man sich im Moment nicht leisten kann.

Felix Gerber, glp findet, wenn man sich die Diskussion im Rat anhöre, müsse man sich schlussendlich fragen, ob man das Projekt zerstückeln und redimensionieren oder ob man tatsächlich alle gemeinsam für das Generationenprojekt, wie es bezeichnet wurde, für Binningen eintreten möchte. Seine Fraktion hat sich klar für das Gesamtprojekt ausgesprochen. Nachdem nun viele Ideen der FDP gehört wurden, gibt es doch noch einige Sachen, die aus Sicht der CVP/glp essentiell sind, um dem Stimmvolk nicht einfach ein schönes Gesamtpaket mit teuren Synergien vorzulegen, sondern den Bürgern wirklich sagen zu können, dass es sich um ein zukunftsgerichtetes Generationenprojekt handelt. Erstens möchte er darauf hinweisen, dass man mit dem Neubau einen Eigenstromquotient von 55 Prozent anstrebt. In Zeiten, in denen andere Gemeinden längst Schulhäuser mit einer positiven Energiebilanz bauen und in Zeiten, in denen die Gemeinde in ihrer eigenen Energiestrategie geschrieben hat, dass sie mit kommunalen Bauten eine Vorbildfunktion wahrnehmen will, ist dies aus Sicht der Fraktion etwas wenig. Sie würden sich wünschen, dass man hier etwas ehrgeiziger wäre. Ein Lösungsvorschlag wäre zumindest die Prüfung von Erdwärmesondierungen. Es ist in der Energiestrategie festgehalten, dass dies förderungswürdig ist in Binningen. Es gibt eine riesige Baugrube und nirgends im Projekt steht, ob man sich dazu überhaupt Gedanken gemacht hat. Es wäre auf jeden Fall die effizienteste Art, vor Ort Wärme zu generieren.

Ein weiterer Punkt betrifft die Parkplätze. Diese werden nun erfreulicherweise vielleicht sogar in Frage gestellt. Falls die Parkplätze kommen, muss der Einwohnerrat seiner Meinung nach dafür sorgen, dass nicht wieder 76 tote Parkplätze ins Dorfzentrum gestellt werden. Wenn, dann sollte etwas Lebendiges gemacht werden. Zu diesem Raum braucht es ein passendes Konzept. Das muss sowohl die Bürger wie auch die Verwaltung einschliessen. Es muss eine intelligente Verbindung der Fotovoltaikanlage und der Elektromobilität gewährleisten und wie in der Mobilitätsstrategie erwähnt, eine Zusammenarbeit mit Carsharing-Anbietern oder was auch immer beinhalten. Hier muss man sicher innovativ bleiben, wenn man schon einen so grossen Wurf ankündigt. Noch ein Punkt zum Schluss: Es wurden 300 000 Franken für ein Kunstwerk budgetiert. Gleichzeitig wurden 200 000 Franken für eine Fotovoltaikanlage budgetiert. Diese 200 000 Franken, 0,4 Prozent der Projektkosten, sollen aus dem Binner Energiefonds abgeschöpft werden. Der Energiefonds ist primär für die Binner Bürger und ihre privaten Bauten da auf einem Weg in eine energetisch bessere Zukunft. Wenn der Fonds tatsächlich für die Gemeinde gebraucht werden soll, dann gibt es viele alte Gebäude, die nachgerüstet werden könnten. Er bittet darum, ehrlich mit den Kosten zu sein und nicht kleinlich. In diesem Sinne plädiert der Redner nochmals für mehr Ehrgeiz beim Eigenstrom, Überlegungen zum Thema Erdsonden, Dranbleiben bei der Mobilität und Ehrlichkeit bei den Kosten. Nutzen wir den Energiefonds für das, wofür er eigentlich da ist.

Daniel Setz, FDP möchte noch kurz den Antrag der FDP erwähnen. Diesen konnte Christoph Maier in seinem Eintretensvotum nicht mehr erläutern. Die Fraktion beantragt eine Überweisung des Geschäfts in die Bau- und Planungskommission. Alle Anwesenden wissen, dass Investitionen von ca. 180 Mio. Franken auf die Gemeinde zukommen und die 51 Mio. Franken eigentlich nur der erste Teil sind. Da die ganze Finanzierungsfrage der 180 Mio. Franken und auch die Tragbarkeit und die langfristigen Kosten,

die dann in die operative Rechnung übergehen, noch nicht wirklich geklärt sind, verlangt die FDP einen Mitbericht durch die Spezko Immobilien-Strategie.

Christoph Maier, FDP findet es interessant, wenn man die Vorlage studiert und dann sieht, wie das Projekt in Zukunft mit Fernwärme versorgt werden soll. Dort steht weiterhin, 50 Prozent aus erneuerbarer Energie. Die Anwesenden wissen, dass Primeo Energie dieses Ziel nicht erreichen wird. Die Unternehmung hat kein Konzept, um dies hinzubekommen. Dieser Wunsch kann nicht in Erfüllung gehen. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob man nicht – wegen der 50 Prozent, die nicht erreicht werden – den Zwang des Anschlusses hier aufheben und gar keinen Anschluss an die Fernwärme machen könnte. Vielleicht würde dies den Druck auf Primeo Energie so erhöhen, dass sie sich einmal Gedanken darüber macht, wie sie die 50 Prozent erneuerbare Energie erreicht, die sie dem Binninger Volk versprochen hat.

Felix Gerber, glp begrüsst den Vorschlag. Für Private ist es nicht einfach, eine Erdsonde in den Garten ihres Neubaus zu pflanzen, während die Gemeinde hier von einem solch grossen Projekt spricht und eine riesige Baugrube ausheben will. Die Gemeinde hat sicher viel mehr Möglichkeiten, sich selbst mit Wärme zu versorgen, und könnte dann die hoffentlich in Zukunft grüne Energie aus dem Fernwärmenetzwerk für Private auf die Seite legen. Das ist sicher eine gute Idee.

Marc Schinzel, FDP glaubt, es sei wirklich zum Ausdruck gekommen, dass der Schulraum benötigt wird. Das ist ganz klar und er wird schnell benötigt. Es besteht Bedarf an neuem Schulraum. Es gibt aber eine zweite grosse Klammer und das ist die Finanzierung. Es kann das beste Projekt vorliegen, wenn eine Finanzierung vorgelegt wird, die nicht nachhaltig standhält, dann wird es Probleme geben. Die Gemeinde wird Probleme bekommen und es wird Probleme geben, dies beim Volk durchzubringen. Zu Recht. Das ist die Erwartung an den Rat. Es wurde gesagt, das Projekt hat sehr viele interessante Aspekte. Man muss die Synergien anschauen. Das ist wichtig, auch mit dem Dorfzentrum. Aber das von Barbara Fankhauser Erwähnte ist ebenfalls wichtig. Man muss auch das Gesamte im Blick haben. Es gibt nicht nur das Schulhaus. Es stehen über 180 Mio. Franken an Gesamtinvestitionen in den kommenden Jahren an. Es braucht eine nachhaltige Finanzierung, das bedingt – hier appelliert der Votant an alle – Kompromissfähigkeit. Es muss ein Binninger Kompromiss geben. Es muss eine nachhaltige Finanzierung geben.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne dankt für die grünliberalen Ideen. Die grünen Ideen hatte der Gemeinderat auch schon. Die Erdwärmeforschung wird geprüft. Das ist im Gang. Man befindet sich momentan auf der Stufe Vorprojekt Plus. Man muss jetzt weiter gehen. Diese Sachen werden geprüft. Zur Fotovoltaikanlage: Es gibt ein Reglement zum Energiefonds. Man kann aber sicher anschauen, wie man dies am besten verstauen kann. Das Problem mit Primeo Energie, und dass sie die 50 Prozent nicht liefern können, ist erkannt und in Bearbeitung. Wenn man das mit der Fernwärme hinbekommen würde, hätte man dort eine saubere und grüne Lösung. In Bezug auf die Teilprojekte und die Einstellhalle führt die Votantin aus, sie sei auch nicht unbedingt für den Bau von Parkplätzen. Aber wenn der Nebeneffekt ist, dass die Autos von der Hauptstrasse wegkommen und eine schönere Gestaltung der Hauptstrasse möglich ist, dann ist nicht nur dem Langsamverkehr gedient sondern auch den KMUs, die dort ihre Läden haben und bei denen es einladender ist zu flanieren. Das ist sicher ein positiver Nebeneffekt, der gemäss FDP unnötigen Parkplätze. Die zuständige Gemeinderätin erinnert nochmals daran, man befindet sich auf der Stufe Vorprojekt Plus. Die Bevölkerung wird noch einbezogen und kann mitreden. Es wird verschiedenen Gruppen geben mit Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen, Anwohnenden, alle die im Schulhaus ein- und ausgehen, die weiterhin im Projekt einbezogen werden. Das ist gewährleistet bei diesem Projekt. Dies als kurze Rückmeldung zu den zusätzlichen Fragen.

Thomas Hafner, CVP äussert, es sei richtig, dass die Finanzierung etwas ganz Wichtiges ist. Das kann man nicht einfach nicht anschauen. Die FDP und SVP haben immer wieder die 180 Mio. Franken erwähnt, die im Raum stehen. Natürlich stehen viele Investitionen an. Er ist aber der Ansicht, gerade der Schulcampus Dorf ist wahrscheinlich das wichtigste Objekt. Ein Werkhof oder die Sanierung einer Schwimmhalle erachtet er als nicht ganz so wichtig wie der Schulcampus Dorf. Also nicht ganz so wich-

tig, als dass man diese Investitionen nicht etwas später machen könnte. Es wurde ein Antrag gestellt bzgl. Mitbericht der Spezko Immobilien-Strategie. Der Redner erachtet die Spezko Immobilien-Strategie nicht als die geeignete Kommission. Wenn ein Mitbericht betreffend Finanzen erstellt werden soll, würde er dies lieber in der GRPK sehen.

Simone Abt, SP findet es bezugnehmend auf das Votum ihres Vorredners schade, dass man wieder beginnt, die Kommissionen gegeneinander auszuspielen. Die GRPK ist nicht zuständig. In keinem Punkt. Es ist keine Rechnungsfrage, es ist keine Budgetfrage und es ist kein abgeschlossenes Geschäft, über das sich die GRPK aussprechen sollte. Die GRPK ist keine Tausendsassa-Kommission. Es gibt eine Kommission, die sich im Moment mit der ganzen Immobilien-Diskussion beschäftigt und insbesondere jetzt die Finanzierung gerade auf dem Tisch hat. Sie ist der Meinung, das sei die richtige Kommission, um eine Gesamtschau zu halten. Man hat es vorhin gehört, es sind wahnsinnig tolle Ideen vorhanden. Es hat die Rednerin richtig begeistert. Wichtig ist aber jetzt, dass man sich nicht verheddert. Es gilt für die BPK mit den vielen guten Ideen, denen die Votantin auch erliegen würde, bei der Stange zu bleiben und den Zeitfaktor nicht aus den Augen zu verlieren, genauso wie für die Spezko Immobilien-Strategie, die sie ebenfalls als sehr diskussionsfreudig kennt. Auch diese wird sich bei der Nase nehmen müssen und sagen: «Wir machen es und wir machen es innert nützlicher Frist.». In diesem Sinn legt sie nahe, die Spezko Immobilien-Strategie als Mitberichtskommission zu wählen, wie von der FDP beantragt.

Thomas Hafner, CVP signalisiert, wenn alle der Ansicht seien, die Spezko Immobilien-Strategie sei die bessere Kommission, dann kann sich seine Fraktion dieser Mehrheit anschliessen. Das ist kein Problem. Es müsste aber auch dort etwas zügig voran gehen. Es ist bekannt, dass die Spezko Immobilien-Strategie schon sehr lange tagt. Die Resultate sind dem Votanten leider nicht bekannt. In Bezug auf das Finanzvermögen gibt es natürlich andere Theorien. Man wird sehen, was nächste Woche rauskommt.

Barbara Fankhauser, SVP erklärt, die SVP könne ebenfalls mit der Spezko Immobilien-Strategie leben. Für die Fraktion ist das Kostendach wichtig. Dieses muss unbedingt überprüft werden, so wie hier mit Geld umgegangen wird: «Es ist ja nicht so viel. Es lohnt sich für in Zukunft etc.». Sie stellt klar, Vorfinanzierung heisst nicht, dass das Projekt finanziert ist. Einfach damit das nicht vergessen geht.

Beatrice Büschlen, Grüne erinnert daran, dass die Pausenplatzgestaltung bereits seit Jahren angedacht ist. Sie war damals noch nicht im Einwohnerrat, als das Geschäft vom Rat zurückgewiesen wurde, da es eine Luxuslösung hätte geben sollen. Man wartet also schon lange darauf, dass es wieder einen anständigen Pausenplatz gibt. Einen Dorfplatz, der seinen Namen auch verdient. Die Rednerin möchte noch einen Satz zu den Finanzierungsfragen anfügen. Der grosse Finanzierungsbatzen ist jetzt nur so riesig, weil sich die Investitionen gestaut haben. Die einzelnen Schulhausteile und andere Investitionen wurden schon lange geplant und immer wieder zurückgestellt. Mal aus diesem Grund, dann wieder aus jenem Grund. Jetzt hat man alles zeitgleich. Nun kommt die FDP und sagt, man müsse Kompromisse eingehen. Zuerst wird gespart, zurückgestellt und jetzt kommt alles zusammen und man muss halt Lose ziehen, was gemacht werden kann. Es wird schon lange vom Investitionsstau gesprochen. Das ist nicht neu. Sie möchte seitens der Grünen nochmals den Antrag bestätigen, dass ihre Fraktion das Geschäft nur in die BPK überweisen und nicht mit irgendwelchen anderen Kommissionen diskutieren möchte.

Marc Schinzel, FDP repliziert auf die Aussage von Beatrice Büschlen, man habe gespart. Er ist der Meinung, man müsse jedes Geschäft einzeln anschauen. Es gibt eine Wahrheit und die ist unumstösslich: Der Steuerfranken kann nur einmal ausgegeben werden. Gerade wenn man das Projekt, das es beim Schulraum ganz klar braucht und das auch im Dorfzentrum sehr viel interessante Perspektiven hat, solide durchbringen möchte, dann muss auch eine solide Finanzierung sichergestellt werden. Es ist absolut notwendig, dass dies nochmals in der BPK abgeklopft wird. Das ist man der Bevölkerung schuldig.

Präsident Stephan Appenzeller, SP ruft den Anwesenden in Erinnerung, man habe sich eigentlich einmal die Regel gegeben, dass sich einzelne Ratsmitglieder auf maximal zwei Einzelvoten beschränken.

Thomas Hafner, CVP hat natürlich Verständnis dafür, dass die Kosten angeschaut werden müssen. Das ist etwas ganz Wichtiges. Es ist vielleicht sogar das Wichtigste in einer Gemeinde. Es hiess, man müsse es im Gesamten anschauen. Der Redner schaut nun auch einmal auf das Gesamte und nicht nur auf das Objekt. Wenn er auf die letzten 10 Jahre zurückschaut, sich an die damaligen Budgets erinnert und danach jeweils die Abrechnungen gesehen hat, dann sieht er nicht so schwarz. Er findet, wenn man in die Zukunft blicke, dürfe man auch mit einer gewissen Zuversicht auf die Projekte schauen.

Karin Glaser, Grüne äussert, jemand habe vorhin von Corona und Arbeitsplatzabbau gesprochen und damit Angst gemacht. Sie möchte sehr beliebt machen und allen ans Herz legen, dass genau für dieses Projekt kommunales und kantonales Gewerbe unterstützt wird. Ob das nun in der Kunst, im Handwerk oder in der Planung ist. Sie plädiert dafür, dies zu berücksichtigen. Es ist ein kleiner Input gegen Arbeitsplatzverlust.

Daniel Zimmermann, FDP fand es heute eine sehr interessante Diskussion. Es scheint ihm unbestritten, dass das Generationenprojekt in eine Kommission überwiesen werden muss, da es aus den Voten interessante Ansätze gibt, die man vermutlich im Parlament nicht diskutieren kann. Dem Redner hat ein Votum besonders gefallen. Das Stichwort der finanziellen Ehrlichkeit. Der Rat kann diskutieren und beschliessen, was er will. Das Projekt muss anschliessend dem Volk verkauft werden. Es müssen Argumente geliefert werden und es braucht auf Fragen Antworten. Wenn man die finanzielle Ehrlichkeit nicht erhält, indem man über ein Schulhaus für 30 Mio. Franken redet, aber mit einem Kredit für 55 Mio. Franken kommt, dann gibt das Fragen. Er findet, es sei eine Chance für den Gemeinderat, dass er die Vorlage, über die das Volk entscheidet, so designt und so bringt, dass die finanzielle Ehrlichkeit vorliegt. Die FDP hat es gesagt und es scheint hier im Saal unbestritten: Es braucht Schulraum. Es braucht ein Schulhaus. Es wäre auch schön, wenn man einen Dorfplatz hätte. Aber es gibt auch Sachen in diesem Gesamtpaket, die die Bevölkerung vielleicht nicht gleich sieht wie der Rat. Daher braucht es in der Abstimmungsvorlage möglicherweise mehrere Fragen und Module resp. mehrere Teilprojekte, über die sich das Volk äussern kann, ob es sie will oder nicht. Das ist die Chance, die man hat, wenn sich der Gemeinderat danach Gedanken macht, wie er die Volksabstimmung durchbringen will.

ABSTIMMUNG

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommt der Präsident zur Entscheidfassung. Es liegen drei Anträge vor. Ein Antrag auf Überweisung in die Bau- und Planungskommission, ein Antrag auf Mitbericht durch die Spezialkommission Immobilien-Strategie und der Antrag der SVP auf Festlegung eines Kostendachs von 40 Mio. Franken und wenn doch, welche Projekte, die anstehen, können gestrichen werden. Er würde die Anträge gerne in dieser Reihenfolge zur Abstimmung bringen.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne möchte noch etwas zum Kostendach-Antrag der SVP sagen. Zur finanziellen Ehrlichkeit: Der Gemeinderat legt eine Vorlage vor, in der ganz klar aufgezeigt wird, wieviel das Schulhaus und was die einzelnen Teilprojekte kosten. Mehr Ehrlichkeit konnte in der Vorlage nicht untergebracht werden. Wenn nun über ein Kostendach von 40 Mio. Franken abgestimmt wird, müsste der Rat eigentlich bereits festlegen, welches der Projekte nicht durchgeführt werden soll. Es scheint ihr sinnvoller, wenn dies in der BPK diskutiert wird mit den entsprechenden Kostenfolgen. Wenn man jetzt einfach ein Kostendach festlegt und nicht klar ist, was der politische Wille ist, zu was Ja gesagt und was nicht gewollt wird, dann ist es für die vorberatende Kommission sehr schwierig, damit etwas zu machen. Wenn schon, dann müsste der Rat ganz klar sagen, diese und diese Projekte sollen gestrichen werden. Der Gemeinderat hat alles aufgezeigt. Aus ihrer Sicht könnte man dies in der BPK diskutieren und dort zu einem Entscheid kommen. Nun einfach ein Kostendach zu bestimmen ohne zu wissen, wo was gekürzt werden soll, findet sie sehr schwierig. Denn es ist auch ein politischer Entscheid.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP fragt die SVP, wie ihr Antrag zu verstehen ist. Ist er als Appell an die BPK zu verstehen, dass sie versuchen soll, dies so zu machen. Dann kann das Anliegen

auch durch die Fraktionsvertreter in der BPK eingebracht werden. Wenn es ein materieller Antrag ist, dann kann er erst behandelt werden, wenn der Bericht der BPK zurück im Rat ist. Das Geschäft wird ja an die BPK überwiesen. Materiell wird heute nicht über das Geschäft entschieden.

Barbara Fankhauser, SVP bestätigt, genauso sei es gemeint. Das Schulhaus selbst kostet 31 Mio. Franken, um das kommt man nicht herum. Das wollen alle Anwesenden. Dann bleiben noch 9 Mio. Franken. Was macht man mit den 9 Mio. Franken, wenn es ein Kostendach von 40 Mio. Franken gibt, das nicht überschritten werden soll? Das soll die BPK anschauen und einen Vorschlag machen.

Für *Präsident Stephan Appenzeller, SP* scheint in diesem Fall, die Form eines Antrags nicht die richtige Form zu sein. Dann müssten die SVP-Vertreter dies in die Kommission einbringen. Er würde den Antrag der Antragstellerin in diesem Sinne zurückgeben. Dann ist es kein Antrag, der heute zu behandeln ist.

Die Antragstellerin ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Überweisung in BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

Mitbericht der Spezko Immobilien-Strategie: 24 JA / 11 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: 1. Das Geschäft wird in die Bau- und Planungskommission überwiesen.

://: 2. Die Spezialkommission Immobilien-Strategie wird einen Mitbericht erstellen.

Traktandum 3

Nr. 22

Sanierung öffentlicher Schutzraum, Anlage «Wassergraben»

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Susanna Keller, SVP dankt dem Gemeinderat für die Vorlage. Die heutigen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer können in Binningen seit 2009 mit einer Ersatzabgabe die Befreiung der Schutzraumpflicht erwirken. Die Schutzplatzbilanz ist seit 2016 sinkend und jetzt im Jahr 2020 befindet man sich auf 100,7 Prozent. Im Wassergraben wurden bereits anlässlich einer Kontrolle im Jahr 2012 bauliche Mängel festgestellt. Ohne Sanierungsmassnahmen heute wird die Anlage aus dem Schutzraumkonzept genommen. Das heisst, Binningen könnte den Deckungsgrad von 100 Prozent, also ein Schutzplatz pro EinwohnerIn, der nötig ist, schon in diesem Jahr nicht mehr erreichen. Die SVP wird deshalb dem Kredit zur Sanierung der öffentlichen Schutzraumanlage zustimmen, hat jedoch noch ein paar Fragen. Bleibt die Strategie der Gemeinde Binningen bei der Erhaltung der öffentlichen Schutzraumanlagen oder werden private Hausbesitzer wieder in die Pflicht genommen, Schutzraumanlagen zu erstellen? Das Original des Kostenvoranschlags datiert vom 4. März 2019 und wurde am 31. März 2020 revidiert. Aus der Aufstellung der GRG Ingenieure AG ist ersichtlich, dass hierin auch noch der Kostenvoranschlag von 2018 und der Bericht von 2012 enthalten sind. Ist der jetzige Kostenvoranschlag also noch aktuell? Wie hoch genau wird die Kostenbeteiligung aus dem kantonalen Erneuerungsfonds sein? In der Vorlage steht ca. 50 Prozent. Das Gesuch wurde ja bereits eingereicht. Die Antwort wird man mit der Bewilligung vom Einwohnerrat erhalten. Die SVP dankt bestens für die Beantwortung der Fragen.

Bettina Benthous, SP erklärt, die SP-Fraktion sei bekanntlich dafür, dass solche Instandstellungen von Anlagen und Immobilien nicht hinausgezögert werden, sondern dass vorwärts gemacht wird mit solchen Sanierungen. Es ist ihr ein Anliegen, dass der öffentliche Raum bewirtschaftet wird. Kurz gefasst: Die Fraktion wird Antrag 1 gutheissen und Antrag 2 zur Kenntnis nehmen. Aber auch die SP hat noch eine Frage: Die 3000 Schutzraumplätze werden bekanntlich als private Parkplätze genutzt und vermietet. In diesem Zusammenhang interessiert es die Fraktion, ob die Parkplätze unter ihrem Wert resp. zu billig vermietet werden. Was nimmt die Gemeinde damit ein? Könnte man aus diesen Einnahmen nicht die Sanierung der Anlage vorantreiben resp. bestreiten?

Stephan Meyer, FDP erläutert, 2008/2009 habe sich das Binninger Parlament für die Entlastung der Hauseigentümer von der Schutzraumpflicht entschieden. Die grösste Schutzraumanlage ist der Wassergraben mit 3000 Plätzen. Bereits 2012 wurden bauliche Mängel festgestellt, die nun dringend behoben werden müssen. Es gibt kein Herauszögern mehr. Es heisst nun, sanieren oder schliessen und dafür neue, teurere öffentliche Schutzräume erstellen. Die FDP steht weiterhin zu den öffentlichen Schutzplätzen und unterstützt daher den vorliegenden Antrag.

Felix Gerber, glp führt aus, die CVP/glp-Fraktion stehe hinter dieser notwendigen und sinnvollen Sanierung. Langfristig ist es sicher richtig, dass die Gemeinde die Schutzplatzbilanz von 100 Prozent sicherstellen muss. Er möchte aber noch auf einen kleinen Punkt hinweisen. Laut Verständnis der Fraktion ist es so, vielleicht etwas entgegen der Darstellung im Bericht – der Votant lässt sich auch gerne korrigieren –, dass bei einem kurzfristigen Abfall der Bilanz unter 100 Prozent primär die Bauherren von Bauten mit 38 Zimmern und mehr von einer Schutzraumbaupflicht betroffen wären und nicht Bauherren von Gebäuden mit bis zu 37 Zimmer. Dies erscheint der CVP/glp besonders im Hinblick auf allfällige Diskussionen, was die Dringlichkeit des Neubaus von Schutzplätzen anbelangt, relevant. Es soll aber nicht die vorliegende Sanierung in Frage stellen. Da die Fraktion auch den Kostenvoranschlag als sinnvoll und korrekt erachtet, wird sie den Kredit bewilligen.

Peter Bertschi, EVP teilt mit, wenn man von der Frage absehe, ob das Schutzraumkonzept überhaupt noch sinnvoll ist, erscheint der Fraktion das Sanierungsprojekt sinnvoll und auch notwendig. Die vorgesehenen Mittel sind bescheiden und die Belastung für die Gemeinde reduziert sich zusätzlich durch die zu erwartenden Beiträge aus dem kantonalen Erneuerungsfonds. Die Fraktion möchte aber noch zwei Punkte kritisch anmerken. Erstens: Die Beschreibung der Baumängel zeigt auf, dass die Sanierung oder der Unterhalt der Gebäude nicht immer richtig gemacht wird. Zweitens: Die budgetierten Kosten sind tief. Die Grünen/EVP hoffen, dass der Betrag auch für die ganzen Sanierungsmassnahmen reicht und keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP möchte festhalten, dass es einen gesetzlichen Auftrag gibt. Dieser lautet, 100 Prozent Schutzgrad vorzuweisen. Es braucht pro Einwohner einen Platz. Alles andere erübrigt sich grundsätzlich. Dass Binningen nun 100,7 Prozent hat, ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Es geht um die Anlage Wassergraben mit 3000 Plätzen, die zurzeit nicht nutzbar sind. Das heisst, dass der Schutzgrad im Moment im Prinzip bei 81,7 Prozent liegt. Das geht aus dem Geschäft hervor und kann auch nachgerechnet werden. Dies zur Ausgangslage. Zu den diversen Fragen: Selbstverständlich sind die eingeholten Offerten aktuell. Diese sind für die Gesamtsanierung verbindlich +/- 10 Prozent, wie es angegeben ist. Es gibt hier keine höheren Kosten. Eine Frage bezog sich auf den Beitrag des Kantons. Das Geld, das die Gemeinde von Privaten eingezogen hat, die einen Entlastungsbeitrag zahlen mussten, da sie keine Schutzräume erstellt haben, wurde einbezahlt. Das ist Binninger Geld. Binningen hat eine Summe in den Fonds eingezahlt. Festlegen, wie viel die Gemeinde erhält, macht der Kanton. Die Erfahrung zeigt, dass rund 50 Prozent vom Kanton erstattet wird. Warum ist das so? Die Beurteilung ist jeweils so, da man nicht den ganzen Fonds ausschöpfen kann. Je nach Bevölkerungswachstum werden ev. wieder zusätzliche Plätze benötigt, die man erstellen muss oder andere Sanierungen, die man vornehmen muss. Die Höhe des Betrags kann im Moment nicht genau in Franken benannt werden. Der Gemeinderat hat sich aber beim Kanton erkundigt. Die Auskunft ist rund 50 Prozent der Kosten.

Es gab noch eine Frage zu den Einnahmen der Parkplätze Wassergraben. Der Redner kann den Frankenbetrag nicht genau nennen. Er hat den Einblick in die Einnahmen nicht. Die Einstellhalle ist aber so konzipiert, dass darin auch eine Zivilschutzanlage integriert wurde. Sobald man diese beziehen muss – die Bezugsfrist beträgt eine Woche –, müssen die Einstellhallenplätze geräumt werden. Danach wird der Bezug für die Zivilschutzanlage sichergestellt. Das Gleiche ist beim Schulcampus Dorf angedacht, falls es dann in Frage kommt, dass eine Einstellhalle gebaut wird und es dort unten entsprechende Schutzraumplätze gibt. Es wären 500, die man im Raum der 76 Parkplätze erstellen könnte. Warum wurde das hier erwähnt? Mit der Anlage Wassergraben werden wieder die 100,7 Prozent sichergestellt. Wenn man die Entwicklung des Bevölkerungswachstums in den letzten 5 Jahren sieht, dann ist der Binninger Schutzgrad nach unten gegangen. Als der Votant Gemeinderat wurde, war man bei 105,8 Prozent. Er wollte aber nicht bis ins Jahr 2012 zurückblättern. Die Gemeinde wächst, also ist der Bedarf grösser. Wenn man nun einfach verzichtet, dann ist man nicht mehr bei 100 Prozent. Das kann man machen. Das wird der Einwohnerrat entscheiden. Beim nächsten Bevölkerungswachstum – es braucht 100 zusätzliche Einwohner auf das nächste Jahr – ist man dann bereits nicht mehr bei 100 Prozent. Daher hat der Gemeinderat gesagt, wenn das realisiert wird, wächst der Bestand mit den zusätzlichen 500 Plätzen und man steht bei 103,8 Prozent und hat damit noch einen gewissen Spielraum als Reserve. Das ist der Hintergrund. Wenn man es nicht hat, dann müssen die Plätze je nach dem irgendwo sonst erstellt werden.

Daniel Zimmermann, FDP hat eine Verständnisfrage. Bekanntlich sind die kostentreibenden Elemente bei diesen Anlagen die Lüftungen. Das spricht für sich. In vorliegenden Ingenieurbericht vom März 2020 ist unter Hinweisen vermerkt, dass die Kontrolle des Lüftungssystems empfehlenswert ist und auf der gleichen Seite ist oben bei den Bemerkungen die Aussage des Kantons, dass die Lüftung in Ordnung ist. Was gilt jetzt?

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP kann die Frage im Moment nicht beantworten. Es ist ihm in diesem Sinn nicht bewusst. Die Lüftungen wurden angeschaut und aufgrund dessen wurde auch die Offerte erstellt. Wenn das nicht zum Tragen kommt, dann werden sie nicht gemacht. Das ist logisch.

Daniel Zimmermann, FDP verweist darauf, dies stehe im Ingenieurbericht. Wenn es nicht so wäre und es sich um eine Falschaussage handeln würde, dann hätte man in Bezug auf den Kredit, der beschlossen wird, behauptet er zu sagen, grosse Probleme, denn der Anteil der Sanierung einer Lüftungsanlage bei 3000 Schutzplätzen ist relativ teuer. Er bittet darum, dass der Gemeinderat dies nochmals klärt, bevor man hier kostenmässig in ein Problem läuft.

Susanna Keller, SVP hat vorhin noch eine Frage gestellt. Wenn der Deckungsgrad von 100 Prozent nicht mehr gegeben ist, werden dann die privaten Hausbesitzer wieder in die Pflicht genommen?

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP antwortet, es müsste ein Antrag an den Einwohnerrat sein, dass der damals gefällte Entscheid rückgängig gemacht wird. Dann kann man das machen. Das würde bedeuten, dass jeder, der ein Haus baut, wieder die entsprechenden Schutzplätze sicherstellen muss.

Felix Gerber, glp teilt mit, es gebe ein kantonales Dokument dazu. Er weiss nicht genau, was im Einwohnerrat 2009 beschlossen wurde. Laut dem kantonalen Dokument ist es so, dass der Mechanismus primär grössere Bauten betrifft. Wenn es so ist, wie es in diesem Dokument steht, wird nicht plötzlich jeder Hausbesitzer in Binningen einen Schutzraum bauen müssen, nur weil der Deckungsgrad einmal auf 99 Prozent fällt. Es würde Personen betreffen, die ein grosses Gebäude mit 38 Zimmern und mehr bauen möchten. Für alle anderen Besitzer von kleineren Gebäuden besteht weiterhin die Auswahl zwischen der Abgabe und der Baupflicht.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP erklärt, es sei in beiden erwähnten Fällen klar. Es kommt nur zum Tragen, wenn der Deckungsgrad 100 Prozent beträgt, sonst interveniert der Kanton.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: 35 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 06)

Antrag 2: Kenntnisnahme

BESCHLUSS

://: 1. Für die Sanierung der öffentlichen Schutzraumanlage Wassergraben wird ein Kredit von 464 000 Franken bewilligt.

://: 2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat den Ausbau von öffentlichem Schutzraum in Neubauten der Gemeinde zur Abfederung des Bevölkerungswachstums und zum Erhalt der 100 % Abdeckung beibehält.

Traktandum 4

Nr.194/XII

Postulat S. Abt, SP: Ein Sitzbankkonzept für Binningen!

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Simone Abt, SP möchte dem Gemeinderat für die vollständige und durchdachte Behandlung des Anliegens danken. Es geht um eine Aufwertung des öffentlichen Raums. Das wird auch so dargestellt. Es entspricht dem Bedürfnis der Bevölkerung. Aufgrund dessen hat die SP das Postulat lanciert. Auch die dauerhafte Littering-Problematik ging bei der Behandlung des Geschäfts nicht vergessen. Damit muss sich die Gemeinde ohnehin in nächster Zukunft auseinandersetzen. Es gibt hier einen Ansatz dazu, wie man den Raum aufwerten und das Problem durch die Platzierung von Abfallkörben angehen kann. Es sind keine neuen Massnahmen dabei, aber man kann nochmals einen Effort in diese Richtung leisten. Vielleicht hilft das dann zum Schluss, damit das Problem besser wird. Die Votantin bittet den Rat, das Prüfen und Berichten des Postulats zuzulassen.

Hubert Steffen, SVP äussert, die Verantwortung in dieser Legislaturperiode ist für jede einzelne Einwohnerrätin und jeden einzelnen Einwohnerrat sehr hoch. In Folge des Corona-Virus sind die Steuereinnahmen momentan kaum planbar, was seines Erachtens in Zukunft eher zu Steuerausfällen führen wird. Durch die hohen Investitionen, welche auf die Gemeinde Binningen zukommen werden, muss massvoll mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen werden. Sparen ist angesagt. Deshalb muss jede einzelne Ausgabe auf ihre Notwendigkeit geprüft werden. Das ist der Rat der Bevölkerung von Binningen schuldig. Es ist zu unterscheiden, welche Ausgabe ein absolutes Muss, dringend notwendig oder nice-to-have sind. Ausgaben, welche keine Dringlichkeit aufweisen, sollten wann immer möglich auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Die Fraktion schätzt die Kosten für ein Sitzplatzkonzept, z.B. 50 Sitzbänke, auf ca. 250 000 Franken. Zudem ist der Respekt vor dem Eigentum offenbar nicht mehr gegeben. Die Beschädigung von Sitzbänken, verstreuter Abfall soweit das Auge reicht, Vandalismus, mutwillige Verschmutzungen des öffentlichen Raums. Das kostet die Gemeinde wieder sehr viel Geld. Darum sollten solche Postulate wie das Sitzbankkonzept für Binningen auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Auch viele kleinere Beträge ergeben in der Gesamtsumme einen hohen Betrag. Der Votant ist der Ansicht, momentan müsse man sich wirklich auf das Wesentliche konzentrieren. Die SVP-Fraktion kann dem Antrag daher nicht folgen und wird das Postulat nicht überweisen.

Marc Schinzel, FDP führt aus, die FDP finde Sitzbänke eine gute Sache. Die Gestaltung des öffentlichen Raums ist klar eine Aufgabe des Gemeinwesens. Der öffentliche Raum ist nicht nur funktional, sondern er dient der Bevölkerung auch als Erholungsraum und zum Verweilen. Die Fraktion findet die Sitzbänke gut und das Verweilen ist ja schliesslich auch nicht abhängig von der Parteizugehörigkeit oder -nähe. Leute der SP und der FDP sitzen dann vielleicht gemeinsam auf den Bänken. Das ist eine gute Sache. Die FDP ist aber etwas weniger enthusiastisch, das möchte der Redner nicht verhehlen, wenn es um ein Konzept geht. Sie hat den Eindruck, Bänke kann der Gemeinderat eigentlich jederzeit errichten. Man kennt vielleicht die Orte, wo es Sinn machen würde. Ein grosses Konzept zu erstellen, ist nichts, bei dem die FDP begeistert in Freudestürme ausbricht. Zum Schluss möchte der Redner noch einen Hinweis geben: Es gibt 190 Bänke. Das wichtigste Rezept, wie man die Bänke der Bevölkerung wieder zur Verfügung stellen kann ist, dass man diese Orte gut pflegt. Es können lange Bänke aufgestellt werden, wenn es dreckig ist und Vandalen wüten, dann sitzt niemand gerne dorthin. Man erreicht vielleicht am Meisten durch gute Pflege der bestehenden Bänke. Der langen Rede kurzer Sinn: Die FDP findet die Idee gut, daher möchte sie das Postulat überweisen. Sie findet aber, man könne dies auch ohne Konzept machen. Daher plädiert sie für überweisen und abschreiben. Das ist aus Sicht der Fraktion eine effiziente Lösung.

Urs Hauri, Grüne findet ebenfalls, das Konzept alleine sei nicht das, was schlussendlich zähle. Zählen würde danach, was daraus entsteht. Hier kann er sich absolut der Meinung seines Vorredners anschliessen. In der Vorlage des Gemeinderats wird erwähnt, wieso ein Konzept sinnvoll und wünschenswert ist. Er möchte daher auch nicht mehr gross darauf eingehen. Seine Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat den Vorstoss entgegen nehmen möchte. Die Grünen hoffen selbstverständlich auch, dass es nicht bei einem Konzept bleibt und dieses nicht extrem teuer wird, sondern dass man vor allem schaut, wo es diese Plätze geben kann, wo es sinnvoll ist. Dann findet die Fraktion der EVP/Grünen dies eine gute Sache und möchte den Vorstoss an den Gemeinderat überweisen.

Rahel Amacker, CVP teilt mit, die CVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat für ein Sitzbankkonzept in Binningen. Für sie ist wichtig, dass die Gemeinde attraktiv gestaltet ist und sich die Menschen gerne in Binningen aufhalten. Für die Fraktion ist dies etwas Wesentliches. Um das zu erreichen, braucht es teilweise grosse Investitionen wie bspw. aktuell die Neugestaltung des Dorfplatzes. Manchmal kann man aber auch mit wenig Aufwand viel erreichen. So ist sie überzeugt, dass in diesem Fall der öffentliche Raum durch das Erstellen von neuen Sitzgelegenheiten aufgewertet werden kann. Daher soll der Gemeinderat ein Konzept erarbeiten, wo weitere Sitzgelegenheiten in Binningen wünschenswert sind und die damit verbundenen Kosten abklären. Die CVP/glp fände es schön, wenn dabei auch Materialien aus der Region und verschiedene Formen von Sitzbänken einbezogen werden würden. Analog zu den Strassen könnte allenfalls auch überlegt werden, die Sitzbänke mit einem Namen zu versehen, um sie so bestimmten Personen, wie bspw. ehemaligen Gemeinderäten, zu widmen. Die Rednerin möchte noch eine persönliche Anmerkung machen. Im Einwohnerrat wurde mehrfach das Thema Vandalismus und Verschmutzung erwähnt. Oft wurden dabei junge Personen angesprochen. Die Votantin als junger Mensch ist sehr häufig auf den Sitzbänken in Binningen unterwegs. Für sie sind es wichtige Orte, an denen sie sich oft mit ihren Freunden aufhält. Sie pflegen die Orte auch. Wenn sie dort Abfall sehen, entsorgen sie diesen. Es heisst nicht automatisch, wenn man so etwas erstellt, dass es zerstört wird. Manchmal ist es auch einfach etwas, das Binningen ausmacht. Wichtige Plätze, zu denen man auch Sorge trägt.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erklärt, die meisten wichtigen Punkte wurden gesagt. Einen Punkt muss sie jedoch noch erwähnen. Die SVP hat Angst davor, dass 250 000 Franken für ein paar Sitzbänke ausgegeben werden. Die Anwesenden wissen selbst, dass der Gemeinderat dies nicht einfach machen kann. Es wird zuerst ein Konzept erstellt. Wenn es dann noch Bänke braucht, kommt der Gemeinderat mit einem Kreditantrag. Zum Votum von Marc Schinzel, dass die Gemeinde bereits 190 Bänke hat. Das ist richtig. Aber die Gemeinde hat keine Ahnung, ob sich diese am richtigen Ort befinden. Sie weiss nicht, ob mit einer einheitlichen Bankart, der Unterhalt und die Bewirtschaftung und Pflege vielleicht sogar günstiger gemacht werden könnte. Dies wäre dann wiederum im Interesse der SVP. Zum Thema Littering, welches ein Thema ist, und Vandalismus: Wenn die Bänke am falschen Ort sind, dann können

sie genau das provozieren. Wenn sie am richtigen Ort sind, dann passiert das alles nicht. Es sind Sachen, die man nicht weiss. Jeder hat seine Vermutungen, aber wissen tut man es nicht. Genau das soll herausgefunden werden. Vielleicht stellt man am Schluss fest, es ist alles gut und man muss nichts machen und vielleicht stellt man fest, dass man mit einigen wenigen Massnahmen eine grosse Verbesserung erreichen kann. Daher wäre die Votantin sehr froh, wenn das Postulat überwiesen würde und der Gemeinderat im Sinne der Aufwertung des öffentlichen Raums im Interesse aller Binningerinnen und Binninger, links, rechts, rot, grün, eine Verbesserung erreichen könnte.

Ralph Büchelin, SP erläutert, wenn die FDP Sorge in Bezug auf die Höhe der Kosten habe, könnte man vielleicht ein Patronat machen, wie es in Bergregionen üblich ist. «Dieses Bänkli hat Marc Schinzel oder Simone Abt gestiftet oder beide haben es gestiftet». Vielleicht würde sich daraus etwas ergeben und man könnte die Kosten etwas tiefer halten.

Karin Müller, SP möchte drei Punkte zu bedenken geben. Wenn man sich immer nur noch das leistet, was man muss und notwendig ist, dann wird es ihrer Ansicht nach etwas traurig. Gerade in schlechteren Zeiten ist es wichtig, dass die Bevölkerung sich wohl fühlt, z.B. in einer aufgewerteten öffentlichen Umgebung. Daher findet sie ein Sitzplatzkonzept speziell in Corona-Zeiten, in denen man an die frische Luft will, sehr gut. Zweitens: Den Vandalismus als Grund anzugeben, dass man keine Sitzbänke erstellt, ist für die Rednerin eine Kapitulation vor dem Vandalismus. Gerade zu Leid sollte man Sitzbänke erstellen und schauen, dass man den Vandalismus anderweitig in den Griff bekommt. Drittens: Ein Konzept scheint ihr wichtig. Es ist völlig klar, dass ein Konzept nicht reicht. Wenn sie aber in Binningen an manchen Bänken vorbei geht, dann sind diese an einem so traurigen Ort, dass sie sich ein Konzept wünschen würde. Das ist das, was gesagt wurde, dass sich vielleicht nicht alle 190 Bänke am richtigen Ort befinden.

Christoph Maier, FDP erlaubt sich auch noch kurz, zu diesem wichtigen Thema Stellung zu nehmen. In Aufnahme des Votums von Ralph Büchelin gibt er zu bedenken, dass es früher einen Verkehrs- und Verschönerungsverein gab, der sich aus privater Initiative um die Errichtung und den Erhalt der Sitzbänke gekümmert hat. Eigentlich würde man sich wünschen, dass in Binningen genügend Privatinitiative vorhanden wäre, um so etwas aufzunehmen und Bänke, möglichst nicht alles die gleichen, nicht alles nach Einheitsstil, sondern vielleicht bunt und in verschiedenen Ausführungen, Binningen zur Verfügung zu stellen. Was er sich aber nicht wünscht ist, dass eine dritte Firma mit einem grossen Consulting-Auftrag in der Gemeinde anfängt, nach Bänken zu suchen und diese dann für teures Geld zählt und einen Bericht dazu erstellt. Der Redner hofft, dass das Konzept, wenn es denn kommen sollte, wirklich mit Augenmass gemacht und nicht zu viele Ressourcen dafür aufgewendet werden.

Bei *Marc Schinzel, FDP* kam das Votum von Gemeinderätin Caroline Rietschi so an, als wüsste die Gemeinde nicht, wo die 190 Bänke stehen. Er hofft nicht, dass jedes Mal ein Konzept benötigt wird, damit die Gemeinde weiss, wo was ist. Nicht, dass es uns so geht wie dem historischen Museum, das nicht mehr weiss, wo genau das Basler Dybli gelagert ist. In Bezug auf den Vandalismus findet der Votant, die bereits vorhandenen Bänke sollten gepflegt werden. Das ist ihm wichtig. Es können noch lange Bänke gebaut werden, wenn sie verlottern, ist das nicht gut. Den Input zum Patronat findet er eine interessante Idee. Wenn der Redner und die Postulantin dies zusammen machen würden, dann hätte man eine rot-blaue Sitzbank und das würde in dieser Region durchaus Sinn machen.

Präsident Stephan Appenzeller, SP ergänzt, eine von Marc Schinzel und Simone Abt zusammen gesponserte rot-blaue Sitzbank dürften dann wahrscheinlich nur noch Fussballfans nutzen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP führt aus, wenn der Eindruck entstanden sein sollte, dass der Gemeinderat nicht wisse, wo die Sitzbänke stehen, dann ist dieser Eindruck falsch und es tut ihr leid. Selbstverständlich weiss der Gemeinderat, wo die Bänke stehen, sonst hätte der Werkhof Mühe, diese zu pflegen und zu unterhalten. Aber der Gemeinderat weiss nicht, ob sie alle am richtigen, sprich sinnvollen Ort sind für die Nutzung.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 27 JA / 9 NEIN (Abstimmung 07)

Abschreibung: 17 JA / 19 NEIN (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: 1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

://: 2. Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

Traktandum 5

Nr. 196/XII

Postulat Th. Häfele, FDP: Verner Panton-Strasse

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Häfele, FDP spricht dem Gemeinderat seinen Dank für die positive Beurteilung seines Postulats aus. Des Weiteren möchte er sich entschuldigen, dass er in seiner Aufzählung der Persönlichkeiten mit Strassennamen den einzigen Weg ausgelassen hat, der nach einer Frau benannt ist. Binningen benannte 2002 einen Feldweg auf dem Bruderholz nach der Theologin Marga Bührig. In seinem Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, einen Verkehrsträger nach Verner Panton zu benennen. Zum Leben und Werk von Panton verweist der Redner auf den Postulatstext. Für weitere Details empfiehlt er die Konsultation eines Buchs zu seinem Werk, eine Internetrecherche oder ein Besuch in einem guten Möbelhaus. Verner Panton ist im Gegensatz zu den meisten Strassennamensgebern in Binningen nicht nur einem exklusiven Zirkel von Theologen oder Feministinnen bekannt. Welcher durchschnittliche Binninger kennt Joris, Bartenschlag, Breitenstein oder Denz? Im Gegensatz dazu hat Verner Panton mit seinem Werk das Innendesign global und nachhaltig geprägt und seine Objekte erfreuen sich seit Jahrzehnten in Europa, den USA oder auch Japan grosser Beliebtheit und Nachfrage. Das kann von den meisten restlichen Namensgebern von Strassen in Binningen wohl kaum behauptet werden.

Der Votant begrüsst es grundsätzlich sehr, dass der Gemeinderat sein Anliegen vertieft abklären möchte bzgl. weiteren, allfällig relevanten Binner Persönlichkeiten. Es ist eine hehre Aufgabe einer Gemeinde, berühmte Einwohner zu würdigen und den Nachlass zu bewahren. Er hat sein Postulat bewusst offen formuliert. Persönlich würde er sich wünschen, dass es zumindest eine halbwegs repräsentative Strasse wäre, die nach Verner Panton benannt wird. Ein mickriges Weglein, wie der Bolo Mäglin-Weg, der in keinem Strassenregister aufgeführt ist, wäre unwürdig. Ob es eine bestehende Strasse, ein neu zu bauender Weg oder aber eine Brücke oder ein Tunnel ist, das obliegt der Beurteilung des Gemeinderats. Der Gemeinderat darf durchaus kreativ sein, denn es gibt ja wahrscheinlich bald ein Schulhaus, das noch keinen Namen hat. Das Postulat darf durchaus etwas erweitert werden.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne bedankt sich beim Postulanten, dass er sich für sein Vergessen entschuldigt hat. Damit erledigt sich ihre halbe Rede. Das spart Zeit. Trotzdem hält sie es nicht für Zufall, dass man eine Frau vergisst. Sie hält es auch nicht für Zufall, dass sie ein Feldweglein hat, ähnlich dem Bolo-Mäglin-Weg. Daher kann die Votantin ihre Rede doch noch einigermaßen halten. Dass es in Binningen bisher 8 Strassen mit Männernamen gibt und erst eine mit einem Frauennamen, findet sie überholt. Es ist nicht mit Gleichstellung zu vereinbaren. Es ist aus einer Zeit, in der man noch kein Frauenstimmrecht

hatte. Das ist nun 50 Jahre her. Die Grünen sind für Gleichstellung von Mann und Frau und begrüßen daher sehr, dass der Gemeinderat in seiner Antwort auf das an sich interessante Postulat gesagt hat, dass eine vertiefte Abklärung möglich und wichtig ist, um zu schauen, ob es berühmte Frauen oder Männer gäbe, die eine solche Strasse beglücken könnten. Wenn man einen Blick in das Personenlexikon von Baselland wirft, merkt man, dass es viele tolle Frauen gibt, wie Hanna Dettwiler als Lehrerin, apropos Schulhaus, Maria Aebersold oder Gertrud Isolani. An guten Frauen ist in Binningen kein Mangel. Die Fraktion spricht sich für die Überweisung des Postulats aus.

Barbara Fankhauser, SVP kann ihre Rede auch nicht abkürzen. Genau die Aussagen, die von der anderen Ratsseite kamen, empfindet die Fraktion als sehr störend. Dass der links-grün-lastige, in der Mehrheit weibliche Gemeinderat es nicht lassen kann, in seiner Begründung einmal mehr die Frauenfrage einzuarbeiten. Man hätte einfach sagen können: «in Binningen tätige oder wohnhafte berühmte Persönlichkeiten». Aber nein, man musste wieder die Frauenthematik ansprechen. Sie versteht es nicht. Sie findet, Thomas Häfele, auch wenn er sich entschuldigt hat, hat sein Postulat mit dem Schaffen und langjährigen Wohnsitz des dänischen Künstlers sehr gut begründet. Diese Verdienste sollen auch künftig, und zwar unabhängig von der Geschlechterfrage, gewürdigt werden. Die SVP wird das Postulat überweisen.

Simone Abt, SP teilt mit, auch die SP werde überweisen. Die Fraktion anerkennt den Verdienst von Verner Panton und schätzt die schönen Beiträge, die er an attraktive Innenräume geleistet hat. Leider liegen Verner Panton-Sitzbänke wahrscheinlich nicht drin. Hier ist die Votantin bei der SVP: vermutlich etwas zu teuer. Sie möchte in Erinnerung rufen, dass man nebst Wegen, Brücken, Stegen oder Weglein auch Einstellhallen nehmen könnte, um jemandem die Ehre zu erweisen. Verner Panton würde dies wahrscheinlich amüsieren. Oder vielleicht Schutzräume. Dann wäre es toll, wenn man einmal rein dürfte. Spass beiseite: Auch die SP wird überweisen. Die Rednerin nimmt sich – und das ist ernst gemeint –, Miggeli Aebersold auf die Liste und wird etwas Ähnliches beantragen.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich namens der CVP/glp-Fraktion beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Das Postulat ist sicher eine nette Idee, aber nicht von hoher Priorität. In einer Zwischenzeit, bei genügend vorhandenen Ressourcen, darf man ein solches Postulat sicher prüfen. Obwohl Binningen zum heutigen Zeitpunkt bereits stark bebaut ist, wird es in Zukunft sicher noch weitere Strassen und Wege geben, die zu gegebener Zeit einen neuen Namen benötigen. Auch in den nächsten 50 Jahren wird Binningen nicht vor Überbauungen verschont werden. Die CVP/glp folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird das Postulat überweisen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP findet, es gebe nicht mehr viel zu sagen. Sie dankt für die positive Aufnahme. Nicht ganz ernst gemeint fügt sie an, sie hoffe, wenn das Schulhaus nach Verner Panton benannt wird, stimmt die FDP dem Antrag für das Mobiliar zu.

ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Susanna Keller, SVP konstatiert, Binningen habe ein grosses Problem mit Lärm und Personenbelästigungen in öffentlichen Einstellhallen und Parks. Auch Sachbeschädigung und Littering an verschiedenen Hotspots, z.B. beim Brüggli oder in der Einstellhalle des Schlossparks, durch Jugendliche, die nicht unbedingt aus Binningen kommen und auch unter Drogen und Alkohol stehen können, passieren immer wieder. Das Herunterschlagen von Deckenlampen oder wie vorletzte Woche das Abrennen eines Rollstuhls, Beschädigung der Parkuhren gehören dazu. Auch im Kronenmattparking findet immer wieder Littering statt. Zudem ist die Belichtung ungenügend und viele Personen fühlen sich dort in der Nacht nicht mehr sicher. Jeder weiss, dass dies nur dort vorkommt, wo es toleriert wird. Es gibt genügend Beispiele von Schweizer Städten, die das zeigen. So stellt sich die SVP die Frage: Wollen wir wirklich tolerieren, dass sich Jugendliche fast ungehindert hier in Binningen austoben können? Nein, das will die Fraktion natürlich nicht. Der Gemeinderat muss das Problem in Binningen aber gesamtheitlich in den Griff bekommen. Bei Nulltoleranz werden die Probleme zunehmend abnehmen und verschwinden.

Im vorliegenden Postulat wurden Beispiele wie Überwachung und Kontrolle erwähnt. Diese Beispiele sind für die Fraktion nicht abschliessend. Sie hat sich noch weitere Gedanken gemacht. Die Überwachungen sind aus ihrer Sicht die maximalen Lösungen, um dem Problem Herr zu werden. Die SVP kann sich aber durchaus auch Lösungen vorstellen wie z.B. das Ausleuchten der Plätze mit gegen unten gerichteten Scheinwerfern, Bewegungsmelder oder Geräte, die Pulssignale, also Töne in hohen Frequenzen, ausstrahlen zu installieren. Die hohen Töne hören speziell die Jugendlichen gut. Die Fraktion bittet den Gemeinderat, dass er die Gedanken aufnimmt und auch diese Varianten prüft. Auf jeden Fall unterstützt die SVP den Antrag und wird das Postulat an den Gemeinderat überweisen.

Beatrice Büscheln, Grüne erwähnt, mit ihrer Anfrage an der letzten Sitzung betreffend Hotspots habe die Grüne/EVP-Fraktion signalisiert, dass die Problematik weitere, ganzheitliche Massnahmen braucht. Die unbefriedigenden Antworten des Gemeinderats auf die Anfrage haben die Fraktion etwas ratlos zurückgelassen. Auch diese Vorlage ist nicht besser formuliert. Der Gemeinderat argumentiert in etwa so: «Er ist bestrebt. Erfahrungen lassen vermuten. Könnte erfolgsversprechend sein.». Die Grünen/EVP möchten nochmals betonen, nur mit ganzheitlichem, konzeptionellem Vorgehen kann etwas erreicht werden. Das haben Erfahrungen aus anderen Gemeinden gezeigt z.B. in Niederhasli. Einseitig auf Repression zu setzen hat noch nie und wird auch nie etwas bringen. Ausserdem bringt es die Gemeinde kurzfristig nicht weiter, einseitig nur auf Kameraüberwachung zu setzen. Für eine Videoüberwachung muss zuerst ein Reglement ausgearbeitet werden und dieses muss durch die politischen Instanzen. So gehen ca. zwei Jahre ins Land. Vielleicht hat sich das Problem bis dann erledigt. Die Grüne/EVP-Fraktion wird das Postulat überweisen, legt dem Gemeinderat aber nahe, dass die Problematik ganzheitlich, also sowohl repressiv wie auch präventiv, anzugehen ist. Der Gemeinderat oder ein runder Tisch muss neben langfristigen, nachhaltigen Massnahmen auch Sofortmassnahmen erarbeiten. Kurzfristig, also repressiv mit mehr Kontrollen, aber auch präventiv mit der Erhöhung der Stellenprozente für Street Worker, damit diese arbeiten können, ohne dass die Jungen sofort wegrennen.

Andrea Alt, CVP unterstützt namens ihrer Fraktion das Postulat der SVP und wird für eine Überweisung stimmen. Sie möchte dem Gemeinderat aber nahe legen, Rücksprache mit den Verantwortlichen der Gemeindepolizei und der Polizei Baselland zu nehmen, wo und vor allem in welchem Rahmen sie Unterstützung wünschen und benötigen. Des Weiteren stellt sich die Frage, welche Mittel aktuell noch nicht ausgeschöpft sind und warum. Und zuletzt würde die Fraktion eine genaue Kostenaufstellung inkl. Folgekosten begrüssen, denn alleine mit der Anschaffung der Videokameras bspw. ist es nicht getan. Diese werden mit Sicherheit einen präventiven Charakter haben, aber der grösste Aufwand bereitet wohl die Auswertung der Daten und die Identifizierung der Fehlbaren.

Bettina Benthous, SP kann sich dem Votum von Beatrice Büschlen anschliessen. Die SP will die Augen nicht vor dem Vandalismus und den Problemen verschliessen, die es offensichtlich gibt. Aber Videoüberwachung ist für die Fraktion nicht unbedingt das richtige Mittel. Es ist nicht nachhaltig und verlagert das Problem. Die SP wäre auch eher für Präventivmassnahmen mit Jugendarbeit, Street Workern und Plätzen anbieten. Die einfache Lösung Videoüberwachung ist für sie oberbillig. Sie suchen sich einfach neue Orte. Der Votantin persönlich ist das Datenschutzproblem von Videoüberwachungen resp. der Persönlichkeitsschutz eigentlich egal. Aber es braucht keine Symptom- sondern eine Ursachenbekämpfung. Wenn sich die Bevölkerung mit der Videoüberwachungsanlage in den Parkhäusern sicherer fühlt, dann bietet die SP auf jeden Fall Hand. Sie werden das Postulat an den Gemeinderat überweisen.

Claudia Fünfschilling, FDP erläutert, die FDP sei für Überweisung des Postulats und finde es sinnvoll, an den Hotspots, um die es hier geht, Kameras zu installieren. Die Fraktion stellt fest, das Thema «Ruhe und Ordnung im öffentlichen Raum» ist zurzeit in Politik und Bevölkerung ein Dauerbrenner. Gemäss Auskunft des Gemeinderats wird viel gemacht, insbesondere sei die mobile Jugendarbeit ausgeweitet worden. Das ist sicher richtig. Die FDP hofft, dass die Massnahmen in nächster Zukunft auch zu spürbaren Verbesserungen der Zustände an all diesen Hotspots führen werden. Die Votantin persönlich findet, der Gemeinderat dürfte das Thema grundsätzlich noch aktiver angehen und v.a. auch in der Kommunikation gegenüber der Bevölkerung eine aktive Rolle einnehmen. Es ist ein Thema, das die Leute bewegt.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP dankt für die Voten und nimmt die Vorschläge gerne entgegen. Er betont, dass sich die Anwesenden täuschen, wenn sie das Gefühl haben, der Gemeinderat würde das Problem negieren. Es wurde in diesem Jahr wieder enorm viel investiert zur Überwachung von Hotspots mit Patrouillentätigkeit. Diese wurde zweimal verstärkt. Der Gemeinderat hat auch andere Lösungen aufgegleist. Neu wird die aufsuchende Jugendarbeit auch in der Nacht tätig sein und nicht nur durch den Tag. Das ist auch ein Problem. Es können nicht 100 Prozent Leute angestellt werden, die 24 Stunden arbeiten. Hier muss man auch einmal ein Einsehen haben. Es ist auch eine Toleranzfrage. Wenn man im Zusammenhang mit Lärm- und Ruhestörung um 22.20 Uhr im Sommer anruft und reklamiert und die Polizei usw. ausrücken muss, dann ist dies sehr intolerant von den Bewohnern. Es gibt auch solche Fälle. Dann gibt es Fälle, wie sie auch morgen im Bussenausschuss behandelt werden. Wenn man es genau anschaut, dann kommt auf 10 solche Jugendliche oder junge Erwachsene ein Binninger und der Rest kommt von Münchenstein, Riehen, Allschwil bis hinten nach Biel-Benken.

Der zuständige Gemeinderat findet, man müsse auch für den Schloss-Wirt Verständnis haben bei den entstandenen Schäden, als Jugendliche usw. die Autos demoliert haben. Diese Gäste kommen nicht mehr. Es braucht eine 24 Stunden-Überwachung. Da ist es in Gottes Namen die beste Lösung, dort mit einer Kamera die ganze Sache zu überwachen. Es gibt genaue Vorschriften, die dann beim Kanton abgeklärt werden. Das dauert nicht so lange und muss auch nicht durch 5 Kommissionen. Die Kompetenz für die Videoüberwachung liegt beim Gemeinderat. Das steht in der Vorlage. Die heute geäusserten Vorschläge werden aber sicher angeschaut. Den runden Tisch gibt es bereits mit der Polizei, Jugendarbeitern, Kantonspolizei und Schule. Der Votant hat dies schon einige Male erwähnt. Irgendwann muss man einfach einmal sagen: Das wird gemacht. Er nimmt entgegen, dass es vielleicht zu wenig kommuniziert wurde, aber das interessiert die Bevölkerung eigentlich nicht. Die Bevölkerung will Ruhe und Ordnung haben. Das ist das Resultat, das die Gemeinde bringen muss.

Marc Schinzel, FDP kann sich nahtlos an das Votum von Gemeinderat Daniel Nyffenegger anschliessen. Es wird viel gemacht, das ist klar. Es wird sehr viel gemacht. Es muss aber festgestellt werden, dass diese Sachen passieren und dass sie sogar eher zunehmen. Man wird an verschiedenen Orten, nicht nur in Einstellhallen, mit solchen Sachen konfrontiert. Man kann der Bevölkerung nicht einfach sagen: «Wir machen schon was wir können. Jetzt müsst ihr halt damit leben.». Das ist der Sinn dieses Vorstosses. Der Redner ist froh, dass der Gemeinderat dies auch sehr ernst nimmt. Das spürt er. An den Hotspots muss etwas gemacht werden. Prävention ist wichtig. Aber wenn es ein konkreter Fall ist, wenn man am Abend in dieser Einstellhalle ist, dann kann man lange von Prävention reden, dann braucht es die Si-

cherheit vor Ort und zu dieser Minute. Das muss sichergestellt werden und dafür muss man sich Massnahmen überlegen. Der Votant richtet noch ein Wort an die SP und die Grünen. In den Einstellhallen geht es v.a. auch um die Sicherheit der Frauen. Das ist ein Thema, das den beiden Parteien sehr am Herzen liegt. Das muss ernst genommen werden. Man muss Farbe bekennen und die nötigen Massnahmen treffen, um dort eine Verbesserung hinzubekommen.

Ralph Büchelin, SP liest, es sollen Kameras montiert werden und dann steht: «[...] dies führt erfahrungsgemäss dazu, dass die überwachten Bereiche gemieden werden.». Das ist Ok. Das Schloss wird dann also gemieden, aber dann gehen sie an einen anderen Ort. Am Schluss ist ganz Binningen mit Kameras überwacht. Es stellt sich die Frage: Wollen wir das? Der Votant hat den Eindruck, es sei eine Art «Pflasterli-Politik». Die Kameras sind einfach. Ein technisches Mittel. Man müsste es umfassender anschauen und vielleicht auch Polizei-, Security- und Street Worker-Präsenz verstärken. Dort möglicherweise etwas mehr Mittel bereitstellen. Vielleicht braucht es einen zusätzlichen Jugendtreffpunkt. Es gibt das Jugendhaus, aber da gehen nicht alle so gerne hin. Dass man den Jungen Plätze anbietet, wo sie sich vertun können. Es will möglicherweise nicht jeder unbedingt nebenan einen Jugendtreffpunkt haben, wo sie bis um 24 Uhr chillen und es nicht immer so ruhig zu und her geht. Es ist sicher kein einfaches Problem. Aber er ist der Ansicht, man müsse das umfassend anschauen und nicht nur mit «Pflasterli-Politik».

Thomas Hafner, CVP findet, man habe in Binningen genügend Sachen für die Jugendlichen, die genutzt werden. Mit einem zusätzlichen Angebot würde man diese Problematik seiner Ansicht nach nicht ändern. Er ist auch nicht für Kameras, aber wenn sich dies für einmal nicht anders vereinbaren lässt. Der Redner denkt ans Schloss, an den Spielplatz vor der Gemeindeverwaltung oder auch an die Schlaufe beim Kronenplatz, die am Morgen manchmal schlimm aussieht, sowie die Tiefgarage beim Schloss. Er findet, man sollte dies prüfen und den Versuch mit Kameras einmal machen. Er weiss, dass die Auswertung von Kameras sehr teuer ist. Aber wenn man einmal jemanden erwischt, hat man eine Handhabe und kann vielleicht auch einmal eine Massnahme resp. eine Busse aussprechen. Wenn sich rumspricht, dass es auch einmal eine Busse gibt, dass etwas passiert, dann hat das vielleicht auch präventiven Charakter. Es wird hier immer von Jugendlichen gesprochen. Der Votant könnte sich vorstellen, dass es nicht nur Jugendliche sind. Es würde ihn interessieren, wenn man einmal solche Bilder sehen würde.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP antwortet, sein Vorredner habe absolut Recht. Es sind nicht nur Jugendliche. Aber das Traurige ist, dass es auch viele Kinder sind. Wenn man 12jährige im Schlosspark mit Rauschgift erwischt, das konsumiert wird, weil es die Älteren ihnen anhängen, dann hat man langsam ein riesiges Problem. Das ist ebenfalls ein Punkt, denn man angehen muss. Er wird im Zusammenhang mit der Prävention auch an die Sekundarschule in Binningen gelangen. Vor allem appelliert er dort auch an alle Schulräte. Er hat sich ausgedrückt, was in der Schule eigentlich gemacht werden sollte. Der Redner fragt sich, was wirklich gemacht wird. Wenn die Kinder am Morgen in die Schule gehen und die Kollegin oder der Kollege im Klassenzimmern den Schulanzen öffnet, eine Wodka-Flasche rausnimmt und sagt: «Nimm zuerst einen Schluck, bevor die Stunde anfängt.», da kann er lange die GePo und die Polizei herumjagen. Es fängt im Elternhaus mit der Erziehung an und geht in der Schule weiter. Es gibt einen klaren Aufgabenbereich für den Schulrat, mit Lehrern usw., der definiert ist. Wenn er mit den Leuten auf der Strasse spricht fragen sie ihn: Was macht eigentlich die Schule? Er hört nie ein Wort, was dort an Prävention gemacht wird. Der Gemeinderat nimmt dies auf und wird es sicher miteinbeziehen.

Beatrice Büschelin, Grüne macht klar, es sei eine Illusion, dass eine Videoüberwachung Frauen schütze. Es ist ein Hilfsmittel, aber überfallen werden Frauen auch in einer videoüberwachten Einstellhalle. Sie sind dann verletzt und Vermummte kann man trotzdem nicht erkennen. Die Grünen wehren sich nicht gegen eine Videoüberwachung. Aber eine Videoüberwachung braucht auch gewisse Regeln. Man kann nicht einfach irgendwo eine Kamera aufhängen, ohne dass es Regeln gibt. Viele Gemeinden und Städte haben ein Reglement. Gewisse machen es auch über eine Verordnung. Aber man sollte wissen, von wem und wann werden die Videoaufzeichnungen verwendet, der Umfang und die Art der Videoüberwachung, die Weitergabe, das Auskunftsrecht, Datenlöschungen usw. Das müsste geregelt werden. Das

geht nicht einfach von heute auf morgen. Das kann ihr sicher auch der zuständige Gemeinderat bestätigen. Kurzfristig muss dennoch etwas gehen, auch wenn man die Videoüberwachung unterstützt.

Barbara Fankhauser, SVP erklärt, es gebe ein Gesetz zur Videoüberwachung. Das ist nicht kantonal und auch nicht kommunal und es ist auch nicht nur in Binningen so. Jeder Raum der videoüberwacht wird, muss angeschrieben sein. Die Videokameras zeichnen normalerweise nicht 24 Stunden auf und das Material wird auch nicht über Monate gespeichert. Es wird dann aufgezeichnet, wenn es Bewegung gibt. Die Bilder werden von niemandem angeschaut. Sie werden dann angeschaut, wenn es einen Vorfall gab. Dann muss die Polizei das verlangen. Es ist also nicht ganz so einfach. Es wird nicht einfach alles rundherum gefilmt. Ralph Büchelin hat vorhin gefragt, ob es gewünscht ist, dass überall in Binningen Videokameras hängen. Die Votantin möchte das, damit sie sicher durch ganz Binningen gehen kann, wenn das notwendig ist. Auch wenn es stimmt, Frauen werden trotzdem überfallen. Selbst wenn eine Frau mit 5 Männern zusammen ist, wird sie heutzutage von Gruppen überfallen. Aber es ist eine gewisse Unterstützung und kann unter Umständen eine Abschreckung sein. Es stört die Rednerin im Moment extrem, dass wieder zwei Sachen miteinander vermischt werden. Es gibt die Bevölkerung mit einem Sicherheitsbedürfnis. Das hat man nun mit dem Postulat abgedeckt. Gemeinderat Daniel Nyffenegger hat es gesagt, auf der anderen Seite muss man schauen, wie man die Prävention verbessern kann und noch mehr Hilfe erhält. Aber diese beiden Sachen gegeneinander auszuspielen, ist ihrer Meinung nach völlig sinnlos. Sie fordert die Anwesenden auf, ein Postulat oder eine Motion einzugeben, falls sie mehr Personal für die Street Worker möchten.

Rahel Amacker, CVP hat den Eindruck, man habe generell viele Massnahmen mit einem präventiven Charakter, die sicher wichtig sind. Sie findet es aber auch wichtig, dass man einmal hart durchgreift. Es wird immer von den Bussen gesprochen. Es gibt aber keine Transparenz, wie oft die Bussen ausgesprochen werden. Das würde sie sehr interessieren. Schlussendlich weiss sie, wenn sie in Binningen um 22.15 Uhr draussen sitzt und laut spricht, kann schnell ein Telefonat der Nachbarn kommen, die genau wissen, dass sie die Polizei rufen können und diese dann vorbei kommt. Was man aber nicht immer weiss ist, wenn man als Frau belästigt wird, was macht man dann? In ihrem Freundeskreis melden das viele nicht. Wenn sie es melden, wird es zum Teil sogar von der Polizei nicht ernst genommen. Wenn hier Klarheit geschaffen wird, dass hart durchgegriffen wird, dann werden sich auch mehr melden und man kann es besser verfolgen. Sie glaubt, präventiv sei gut, aber wenn etwas passiert, muss eine Massnahme ergriffen werden. Es muss mehr durchgesetzt werden. Sie ist der Ansicht, wenn in der Vorlage steht, dass sie immer wegrennen, dann braucht es auch einmal einen Einsatz, wo man sie einfangen und eine Busse verteilen kann. Denn das hat auch den Charakter, dass sie nicht mehr kommen.

ABSTIMMUNG

Überweisung: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Diversa

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP schliesst die Sitzung um 21.50 Uhr. Die Anwesenden sehen sich das nächste Mal am 2. November 2020. Er wünscht allen einen schönen Abend.

ER-Sitzung vom 21. September 2020

			Traktandenliste	Gesch. Nr. 21				Gesch. Nr. 22	Gesch. Nr. 194/XII		Gesch. Nr. 196/XII	Gesch. Nr. 197/XII
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
Nr.	Name	Fraktion	Anpassung der Traktandenliste	Rückweisung	Ordnungsantrag: Redezeit von 13 Minuten	Überweisung in BPK	Mitbericht der Spezko Immobilien-Strategie	Bewilligung des Kredits in Höhe von 464 000 Franken	Überweisung Postulat	Abschreibung Postulat	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
3	Glaser	Grüne	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
4	Hauri S.	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
6	Schilling	Grüne	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
7	Schwarb	Grüne	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
8	Sutter Rehmann	Grüne	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
9	Wölnerhanssen	Grüne	Ja	Nein	Not voted	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
10	Abt	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
11	Appenzeller	SP	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
12	Benthaus	SP	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
13	Büchelin	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
14	Jehle	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
15	Müller	SP	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
17	Tribolet	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Weber	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
19	Alt	CVP	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
20	Amacker	CVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
21	Gerber	GLP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
22	Hafner	CVP	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frey	FDP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Fünfschilling	FDP	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
28	Maier	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Meyer	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Sala	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schinzel	FDP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
35	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
36	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
TOTAL												
Ja			36	6	22	36	24	35	27	17	36	36
Nein			0	27	8	0	11	0	9	19	0	0
Enthaltungen			0	2	5	0	1	1	0	0	0	0
			36	35	35	36	36	36	36	36	36	36